

Arbeiter-Zeitung

Sonabend, 6. Juli 1929
11. Jahrg. Nummer 164

Erst- und Zweit- und Ausnahmestunden der Sonn- und Festtage. Bezugspreis: wöchentlich 0,60 RM., monatlich 2,00 RM., Einzelnummer 10 Pf. Durch die Post bezogen monatlich 2,50 RM., unter Streifenband 3,00 RM. Kassenpreis: Die dreigespaltenen Wilmmerzeile oder deren Raum 18 Pf., Beirats- und Besammlungsangelegen 6 Pf. Kassenpreis: Die dreigespaltenen Wilmmerzeile oder deren Raum im Text 10 Pf. — Schluss der Inseratenannahme in der Haupt-Expedition 8 Uhr; in den Filial-Expeditionen am Tage vorher bis spätestens 18 Uhr.

für Schlesien und Oberschlesien
Organ der SPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptredaktion: Breslau 10, Reichsplatz Nr. 50, Tel. 140 98.
Botschaftsredaktion: Breslau 544, Rebellien: Breslau, Reichsplatz
Straße 50, Tel. 239 02. Syrachseil der Redaktion: von 12-18
Montags bis Freitags von 17-18 Uhr. Filialredaktionen:
Görlitz; Adress: 26, Tel. 4086; Oppeln, Wobbeplatz 11, Tel. 1264;
Görlitz; Rumb 6, Telefon 2384. Geschäftszeit: von 8-19 Uhr. Geschäfts-
hand am Hauptverlagort Breslau. — Verlags: Schiefel, Verlagsgesellschaft
m.B.H., Breslau. — Druck: „Neubaug“ Berlin, Hl. Breslau, Reichsplatz Nr. 50.

Wissell tanzt nach Unternehmerpreise

Neuer verschlechterter Spruch für die Textilarbeiter — Geltungsdauer bis April 1931 — Unternehmerforderungen sind erfüllt Textilarbeiter beugt euch nicht dem Schlichtungsdiktat!

Im Berlin, 5. Juli. Da eine Einigung der Parteien wiederum nicht zu erzielen war, bildete der Vorsitzende eine Schlichterkammer, die gegen 1 Uhr nachts einen Schiedsspruch fällte. Dieser sieht eine sofortige Erhöhung der Löhne auf 58 und 59 Pfennig, und vom 1. April 1930 ab eine solche auf 60 und 61 Pfennig vor. Die Affordtlidage sollen sich sofort um 4 vom Hundert und vom 1. April 1930 ab um weitere 3 vom Hundert erhöhen. Die Vertragsdauer soll sich bis zum 31. März 1931 erstrecken.

Unsere Voraussetzungen haben sich vollumfänglich bestätigt. Der sozialdemokratische Reichsarbeitsminister hat auf Wunsch der Unternehmer den Schiedsspruch vom 15. Juni wesentlich verschlechtert. Die ohnehin lange Geltungsdauer wird um ein halbes Jahr verlängert. Im Interesse der deutschen Wirtschaft, das heißt des Profits und der sozialdemokratischen Koalitionspolitik, müht der sozialdemokratische Reichsarbeitsminister den ausgehungerten Textilproleten zu, trotz der fortwährenden Teuerung, trotz der Erhöhung der Zölle, die eine weitere Verteuerung der Gegenstände des täglichen Bedarfs zur Folge haben wird, daß sie

bis April 1931 keine Lohnforderungen stellen dürfen. Die Stundenlöhne bleiben im neuen Schiedsspruch unverändert.

Die Affordarbeiter erhalten eine noch geringere Zulage als sie im ersten Schiedsspruch vorgesehen war.

Heute tagt im Breslauer Gewerkschaftshaus eine Konferenz von ausgesuchten Funktionären des Textilarbeiterverbandes. Der Beschluß dieser zusammengesetzten Konferenz darf für die Textilarbeiter nicht maßgebend sein. Nicht ein paar ausgelegte, den Gewerkschaftsbürokraten genehme Funktionäre haben über die Neugestaltung der Löhne zu entscheiden, sondern die Textilarbeiter selbst.

Die Textilarbeiter und -arbeiterinnen müssen sofort zu Versammlungen zusammentreten, und einmütig den neuen Schiedsspruch des Sozialdemokraten Wissell ablehnen.

Es ist anzunehmen, daß der neue Schiedsspruch recht bald für verbindlich erklärt wird, da er noch mehr als der erste Spruch allen Wünschen der Unternehmer gerecht wird. Nach Verbindlichkeitserklärung werden die Gewerkschaftsbürokraten die Arbeiter auffordern, in die Betriebe zurückzukehren, um weiter bei voller Arbeit zu hungern.

Textilarbeiter, das darf nicht sein! Beugt euch nicht der kommenden Verbindlichkeitserklärung. Durchkreuzt den Verrat! Trotz Unternehmerterror, trotz reformistischem Verrat, trotz staatlichen Diktats. — Setzt den Kampfsücre Forderungen fort!

Vom Tage

Der Sächsische Landtag beschloß gestern mit 49 gegen 48 Stimmen den kommunistischen Mißtrauensantrag gegen die Regierung sofort zu beraten. Die Regierung legte gegen die sofortige Beratung des Mißtrauensantrages ein Vetum ein — obwohl dies verfassungsrechtlich absolut unzulässig ist —, infolgedessen kam es zur Vertagung. Ministerpräsident Büniger sucht für sein Kabinett jetzt die Hilfe der Aufwärtler und Altsozialisten zu gewinnen.

In Prag wird heute der Ministerrat zu der ungarisch-tschechischen Eisenbahnpannung Stellung nehmen.

Auf der Südeinsel Andrym ist ein schwerer Vulkan ausbruch zu verzeichnen.

In Detroit (England) wurden der Führer einer religiösen Sekte, dessen Frau und vier Kinder ermordet.

Der griechische Außenminister Javittianos ist zurückgetreten.

Der ständige Mandatsausschuß des Völkerbundes hat am Donnerstag in geheimer Sitzung den Jahresbericht für die ehemaligen deutschen Kolonien Neu-Guinea und Südwestafrika geprüft.

Am Donnerstagvormittag trafen die spanischen Jeanflieger und vier Offiziere des englischen Flugzeugmuttereschiffes „Eagle“ in Madrid ein.

Im Hause der Berliner Funktunde in der Nähe des Potsdamer Platzes brach am Donnerstagabend ein Brand aus, der in den Verkaufsräumen der Vog-Schallplattenfabrik großen Schaden anrichtete.

Bei dem Eisenbahnunglück auf dem Bahnhof Plassow bei Krakau wurden 31 Personen schwer und mehrere andere leicht verletzt.

Manuella will seinen endgültigen Aufenthalt, wie die „Vossische Zeitung“ meldet, nunmehr in Italien nehmen.

Wettrüsten — statt abrüsten

Snangriffnahme Des amerikanischen Kreuzerbauprogramms

U. New York, 4. Juli. Das Marineamt gibt bekannt, daß die Verträge über den Bau der fünf ersten Kreuzer des amerikanischen Bauplanes für die 10 000-Tonnen-Kreuzer abgeschlossen und daß die Lieferungen dementsprechend vergeben worden seien.

Damit ist das diesjährige Bauprogramm trotz aller Pressemeldungen über englisch-amerikanische Abrüstungsverhandlungen voll zur Ausführung gelangt. In Regierungskreisen betont man, daß die Parität mit England selbst durch das Bauprogramm von 15 Kreuzern noch lange nicht erreicht sei, und daß deshalb kein Grund dafür vorhanden sei, das Geleß über den Kreuzerbau nicht durchzuführen. Man könne sich durch Abrüstungsvorschläge um so weniger am Bauer der Panzerkreuzer hindern lassen, da von konkreten Ergebnissen der von Macdonald und Dawes eingeleiteten Verhandlungen, wie der englische Premierminister selbst betont habe, noch keineswegs gesprochen werden kann.

So begründet ein imperialistischer Staat seine Aufrüstung mit der des Rivalen, und statt der Abrüstung, über die auf den Konferenzen geschwätzt wird, findet

ein Wettrüsten aller imperialistischen Staaten

statt, dessen Tempo noch kümmerlicher ist als das der Vorkriegsjahre. Das amerikanische Kreuzerbauprogramm beleuchtet erneut den nicht zu überbrückenden Gegensatz zwischen den imperialistischen Hauptmächten, die die Welt beherrschen, und signifizieren die immer härter werdende Kriegsgefahr, gegen die unter Führung der kommunistischen Weltpartei am 1. August die Arbeiter aller Länder aufmarschieren werden.

Entweder — oder!

Die gesamte bürgerliche Presse des In- und Auslandes rühmt die Rede des englischen sozialdemokratischen Premierministers Mac Donald über sein Regierungsprogramm. Kein Wunder, hat doch Mac Donald für den kapitalistischen Aufbau und den Industriefrieden gesprochen und ausdrücklich erklärt, daß er die konstitutionelle Demokratie für die beste Regierungsmethode und den wahren Ausdruck des Volkswillens halte, wenn sie ohne Klassenhaß mit Fair play für alle Volkstriebe ausgeübt werde. (!) Sein Wunsch sei ein einziges parteiloses Parlament, das an der Lösung der großen nationalen Fragen wirksam mitarbeitete!

Die Antwort Churchills, eines Führers der Konservativen, war klar und eindeutig:

„Er erkläre, niemals habe im englischen Parlament eine solche Klut zwischen der Regierung und der Opposition bestanden, wie jetzt. Die Sozialistische Partei baue auf Doktrinen auf, die einen monströsen Irrtum darstellten. Solange die Arbeiterregierung sich damit zufrieden gebe, das kapitalistische System, durch das

England groß geworden sei, weiter zu festigen, so lange könne sie damit rechnen, im Amt zu bleiben. Sobald sie aber den Versuch unternehme, eines ihrer verderblichen Grundprinzipien zu verwirklichen, werde sie aus dem Amt gejagt werden!“

Der konservative Churchill weiß den Reformisten Mac Donald genau so richtig einzuschätzen, wie die deutsche Truttsbourgeoisie die SPD-Führer. Entweder registern sie nach dem Willen der Bourgeoisie oder sie erhalten nach Durchsetzung der arbeiterfeindlichsten Geleße den verdienten Zutritt. Deutschland bietet dafür ein klassisches Beispiel. Erst in den letzten Tagen drohte die Volkspartei den SPD-Führern offen mit dem Bruch der Regierung und der Koalition mit den Deutschnationalen, wenn ihren Wünschen nach verschärftem Abbau der Sozialpolitik usw. nicht Rechnung getragen würde. Und die Folge: die Müller und Evering in Deutschland als die Mac Donald und Henderson in England werden sich alle Mühe geben, durch eine höchst arbeiterfeindliche Politik die Bourgeoisie beider Länder zufriedenzustellen.

150000 M. Unterschlagung beim GDA.

Breslau, 5. Juli.

Dem Gewerkschaftsbund der Angestellten (GDA) ist durch die Untreue eines seiner führenden Beamten ein Schaden von 150 000 Mark

zugefügt worden. Der geschäftsführende Direktor Dr. M. Matthiesen ist nach Unterschlagung von mehreren hunderttausend Mark mit seiner Gattin nach Argentinien geflüchtet. Die Vertrauensstellung, die Dr. Matthiesen innehatte, benutzte er dazu, um eine sehr große Summe abzuholen, die er für die Erwerbung eines Druckereivertrages brauchte. Dr. Matthiesen gab vor, an eine Geschäftsreise nach München eine Erholungsreise anschließen zu wollen. Kurze Zeit darauf traf auch eine Karte von ihm und seiner Frau aus Triest ein. Als man längere Zeit kein Lebenszeichen mehr von ihm hörte, vermutete man ihn auf einer Mittelmeerreise. Vier Wochen später traf aus Buenos Aires ein Telegramm seiner Frau ein, er sei erkrankt und müsse ein Sanatorium aufsuchen. Im GDA hatte man bereits festgestellt, daß Dr. Matthiesen seine Vertrauensstellung mißbraucht hatte. Er hatte sie auch dazu benutzt, sich bei geschäftlichen Transaktionen besondere Einnahmen zu verschaffen. Dr. Matthiesen war früher Lehrer und ging dann zum

Verlagshandel über. Die Staatsanwaltschaft ist von dem Vorfall in Kenntnis gesetzt worden. Durch eine längere Erläuterung von der Zeitung des Verbandes werden die Angaben bestätigt. Dr. Matthiesen hat seine Reise bereits am 12. März angetreten.

Kommunistische Studenten marschieren gegen Falentrenkler auf

Wie „U.“ meldet, marschierten gestern kommunistische Studenten in Berlin mit Sowjetfahnen am Opernplatz auf, um gegen eine Kundgebung völkischer Studenten zu demonstrieren. Während die Jürgiebel-Polizei mit aller Brutalität gegen die kommunistischen Studenten vorging und drei Kommunisten, darunter einen Fahnenträger, verhaftete, duldete sie es, daß die völkischen Studenten die Bannmeile überschritten. Vor der Universität stimmten die Falentrenkstudenten, wie die „Vossische Zeitung“ meldet, Sprechhöre mit dem Ruf „Deutschland, erwache!“ an. Erst später räumte die Polizei die Straße und soll auch einige völkische Studenten vorübergehend festgenommen haben.

Zörgiebel verbietet Aussage

Kriminalkommissar Braschwitz als schweigsamer Zeuge

(Eig. Ber.) Berlin, 4. Juli.

Heute sollte in der Verhandlung des Dokumentenfälscher-Prozesses endlich der Kriminalkommissar Dr. Rudolf Braschwitz als Zeuge vernommen werden. Die Spannung war aufs äußerste gestiegen, als der Kriminalkommissar Braschwitz aus der Zeugenbank vortrat, um zu seiner Vernehmung folgendes zu äußern. Der Inhalt seiner Ausführungen war der, daß die politische Polizei dem Zeugen Braschwitz nicht die Genehmigung zur Aussage erteilt. Braschwitz ist verpflichtet worden, jede einzelne an ihn gerichtete Frage vor ihrer Beantwortung zuerst seiner vorgesetzten Behörde, also dem Polizeipräsidenten Zörgiebel, vorzulegen, das dann darüber zu entscheiden hat, ob Braschwitz auf die an ihn gestellten Fragen antwortet, und wenn er antwortet, welche Formulierung er seiner Antwort zu geben hat. Durch diese Methode macht die Abteilung IA es unmöglich, die politischen Hintergründe des Prozesses zu erhellen, ja, sie verhindert es dadurch überhaupt, den unmittelbaren Gegenstand der Anklage genau zu untersuchen. Der Verteidiger Rechtsanwalt Jaffé beantragt nach dieser Aussage des Kriminalkommissars Braschwitz die Aufhebung der Verhandlung. Er erklärt, laut § 53 der Strafprozeßordnung bedürfen Beamte zu ihrer Aussage der Genehmigung ihrer vorgesetzten Behörden. Diese Genehmigung kann auf Grund des § 54 der Strafprozeßordnung nur verweigert werden, falls die Gefährdung der Sicherheit des Reiches oder eines der Länder zu befürchten sei. Das liege hier aber nicht vor. Der Verteidiger habe deshalb dem Innenminister eine Beschwerde gegen den Berliner Polizeipräsidenten zugehen lassen, und er erwarte, bis zur Entscheidung über die Beschwerde die Verhandlung auszussetzen.

Es ist klar, daß der Polizeipräsident von Berlin, Zörgiebel, nur im Einvernehmen mit Severing dem Kriminalkommissar Braschwitz die Zeugenaussage verweigert hat, und daß die Beschwerde an das Reichsinnenministerium absolut fruchtlos bleiben wird. Die Staatsbehörden und das Berliner Polizeipräsidentium sind zu eng mit den antisowjetischen Fälschern verbunden, als daß sie dem Kriminalkommissar Braschwitz die Genehmigung zur Zeugenaussage geben würden. Durch diese Verweigerung verjagten Zörgiebel und die Regierung, ganz bewußt den Prozeß von seinem hochpolitischen Inhalt ins rein kriminelle abzubiegen. Aber weder Zörgiebel noch der Regierung wird diese Methode irgend etwas nützen. Die Zusammenhänge zwischen den antisowjetischen Propagandisten und den staatlichen Stellen sind zu offensichtlich, als daß sie noch durch irgendwelche Verschönerungsmanöver verdeckt werden könnten.

Vor Eintritt in die eigentliche Verhandlung nahm der Verteidiger der Angeklagten, Dr. Jaffé, das Wort, um die Interpretation der Presse zu seinen Aussagen über den amerikanischen Journalisten Knickerbocker zu wagen. Er habe nicht erklärt, daß der amerikanische Journalist Knickerbocker ein agent provocateur und Mitarbeiter der GPU sei. Was die Untersuchung ergeben hat, darauf werde er später zusammenfassend eingehen. Sodann verlangt der Verteidiger Pawlonowski das Wort zur Rehabilitierung seines Mandanten. Er behauptet, daß Pawlonowski niemals wegen Diebstahls aus der GPU entlassen worden sei, sondern seine antisowjetische Tätigkeit nur aus glühendem Patriotismus ausgeführt habe.

Nach diesen beiden Erklärungen werden die Zeugen Siebert und Mühlstein wieder entlassen, um erst morgen, zusammen mit Gumanzi, vernommen zu werden. Gumanzi ist zweifellos derjenige, der am allermeisten, sogar viel mehr als der Angeklagte Orloff über die ganzen Zusammenhänge zu sagen weiß, vor allen Dingen ist er aufs genaueste informiert über alle Fragen, die mit der Fälschung des sogenannten Einmajer-Briefes zusammenhängen.

Als erster Zeuge wird dann der Druckerbesitzer Schwabe vernommen, der Druckaufträge Orloffs ausgeführt hat, bei denen es sich um Briefköpfe handelte, die einmal den russischen Staat und dann die kommunistische Internationale betrafen. Schwabe erkannte bei der polizeilichen Vernehmung auch die bei Orloff gefundenen Dokumente als bei ihm gedruckt an. Jetzt, vor Gericht weiß er sich nicht mehr genau zu entsinnen, ob die Dokumente wirklich von seiner Druckfirma stammen.

Sodann wird der Zeuge Braschwitz herangerufen, der seine Erklärung, die wir eingangs mitgeteilt haben, bekanntgibt. Braschwitz ist ermächtigt, über eine mit dem Prozeß nicht in direktem Zusammenhang stehende Angelegenheit, nämlich ein militärisches Geheimabkommen zwischen Deutschland und der Sowjetunion, Auskunft zu geben. Braschwitz erklärt: „Uns lag ein Dokument vor, das wir bereits als Fälschung erkannten. Wir mußten annehmen, daß diese Fälschung von Orloff selber oder von ihm näherstehenden Leuten stammt. Deswegen legte ich Orloff das Dokument vor und vernahm ihn darüber, nicht als Sachverständigen, sondern als den vermeintlichen Schuldigen.“

Schandangebot für die schlesischen Metallarbeiter

Breslau, 5. Juli.

Bei den Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium über die Höhe für die niederschlesische und Breslauer Metallindustrie machte der Schlichter den Unternehmervertretern und Gewerkschaftsbürokraten folgenden Vorschlag zur Einigung:

Dem Schiedsgericht der Schlichterkammer vom 25. Juni wird einseitig mit folgenden Änderungen zugestimmt:

Zu Ziffer 1, 3 und 4:
Ab 1. Juli 1929 beträgt der Spitzenlohn des über 24 Jahre alten Handwerkers der Ortsklasse I des Verbandes Niederschlesien 0,84 Mark.

Die Zeitlöhne staffeln sich nach der Prozent-Tabelle.
Für Breslauer Betriebe werden die Sätze der einzelnen Zeitlohn-Tarifgruppen auf 0,84, 0,76, 0,67,5, 0,48 und 0,44 festgesetzt, errechnet mit der Maßgabe, daß sämtliche Altersstufen eine Mindest-erhöhung um 0,02 Mark erfahren.

Im übrigen verbleibt es bei der bisherigen Abstufung.
Akkord-Arbeiter erhalten ab 1. Juli in den drei Verbänden eine akkordverrechnungsfähige Zulage von 0,02 Mark, für alle Ortsgruppen, Tarife und Altersstufen.

Zu Ziffer 6:
An Stelle der zwei-Monats-Ründigungsfrist tritt eine solche von sechs Wochen.

Ferner erhält für die Breslauer Verbände der Abs. II, Ziffer 3 des bisherigen Lohntariffes eine Neufassung, daß in Betrieben, in welchen Akkordarbeit verrichtet wird, hochqualifizierte Lohnarbeit bis zum Akkord-Durchschnittsverdienst ihrer Gruppe und Altersklasse entlohnt werden können.

Die Lehrlingsätze erhöhen sich für die gesamten Tarife.

Eine verpuffte Sensation Die Hinrichtung in der Berliner Sowjetballchaft

Durch die Indiskretion einiger Blätter ist eine sogenannte Enthüllung verpufft, die in der heutigen Sitzung der Rechtsanwält Pawlonowski, Dr. Fuchs, zum besten geben wollte. Und zwar handelt es sich um die graufige Geschichte von drei in den Kellern des russischen Volkshauses erschossenen Angestellten der GPU. Bereits im Jahre 1924 hat Pawlonowski versucht, die Abteilung IA für diese Angelegenheit zu interessieren, die auch prompt darauf herinkam und Recherchen anstellte, die aber gänzlich negativ verlaufen sind. Diese lächerliche Sensation ist selbst dem „Volksanzeiger“ und sogar dem „Vorwärts“ zu dummt, der von einer „Hintertreppenensensation“ spricht. — Nur die „Breslauer Neuesten Nachrichten“, dieses blumige und übelste aller Sensationsblätter, wagte es, unter großer Überschrift diesen Schwindel aufzumachen und den Lesern als wahre Begebenheit zu unterbreiten. Das Anaschassa-Blatt weiß, was es seinen Lesern bieten kann.

gebiete im ersten und zweiten Lehrjahre um 0,02 Mark, im 3. und 4. Lehrjahr um 0,08 Mark.

Der bisherige Zustand soll bis zur Abstimmung bestehen bleiben, welches bedeutet, daß Kampfmaßnahmen nicht ergriffen werden dürfen.

Schweidniger Metallfunktionäre lehnen ab

Schweidnitz, 6. Juli.

In einer Konferenz der Betriebsräte und Vertrauensleute der Schweidniger Metallbetriebe wurde beschlossen, dem im Reichsarbeitsministerium vom Schlichter gemachten Vorschlag abzulehnen.

Das Angebot, das auf Veranlassung des sozialdemokratischen Reichsarbeitsministers Wissell den schlesischen Metallarbeitern gemacht wird, ist eine einzige Provokation. Alle Forderungen, die von den Arbeitern aufgestellt wurden, werden glatt abgelehnt. Trotz der fortschreitenden Teuerung sieht der Schiedspruch eine unverändert lange Geltungsdauer vor. Die Haltung der reformistischen Gewerkschaftsbürokraten zeigt eindeutig, daß sie nicht die Absicht haben, für die Forderungen der Arbeiter den Kampf zu organisieren. Besonders kennzeichnend für ihre Haltung ist die in Berlin getroffene Vereinbarung, wonach bis zur Abstimmung über das Schlichtungsangebot keine Kampfmaßnahmen ergriffen werden dürfen.

Metallarbeiter, haltet fest an euren Forderungen! Lehnt das provokatorische Angebot des sozialdemokratischen Reichsarbeitsministers ab! Nieder mit der Schlichtungspragmatik! Organisiert den Kampf! Die Arbeiterforderungen können nur im Kampf, unter Führung von im Betrieb von den Kollegen selbst gewählten Kampfleitungen durchgesetzt werden!

Ein Stundenlohn für die schlesischen Weber!

Unter dieser Devise sammeln die Berliner Arbeiter für die Ausgesperrten

**Genosse, Genossin!
Was hast Du für die Ausgesperrten getan?**

Besorge Dir sofort eine Sammeliste der IAH,
Sonnabend und Sonntag sind Grobsammeltage

Oppositionelle Arbeiterradfahrer die am Bundesfest in Berlin teilnehmen

melden sich am Sonnabend, dem 6. Juli, in der Zeit von 17—20 Uhr oder am Sonntag, dem 7. Juli, in der Zeit von 9—12 Uhr in der Geschäftsstelle des Arbeiter-Spart- und -Kultur-Partells, Berlin, Landsberger Str. 82 (am Alexanderplatz). Jede oppositionelle Mannschaft oder Ortsgruppe schickt mindestens einen Delegierten.

Schwerer Straßenbahnzusammenstoß in München. 21 Mann, 4. Juli. Am Donnerstag ereignete sich in München ein schwerer Straßenbahnzusammenstoß. Der Zusammenstoß war so stark, daß ein Anhänger aus dem Gleis gehoben wurde. Es wurden neun Personen verletzt. Zwei Schwerverletzte mußten ins Krankenhaus eingeliefert werden.

Die Sekretärin des Prälaten

19 von Alben Daudistel (Nachdruck verboten)

Der Prälat kratzte sich hinter seinem rechten Ohr und lächelte dabei, indem er seiner Sekretärin erwiderte: „Aberdings, Madame, mir war es gar manchmal peinlich, in jenem Paradiese so herumzulafeln, obwohl ich mir vorhielt, das ist durchaus nicht schamlos; das ist gesund! Bloß zu lange soll man dort nicht im Wasser bleiben, es geht doch zu sehr... Und, Madame, verstehen Sie mich bitte recht: vor dem gewissen Sonnenbrand muß man sich dort aus Rücksicht auf die Kur sehr hüten! Freilich, das ist unbequem...“

„Deswegen schäme ich allein schon aus hygienischem Grunde die Kreuze,“ betonte der Minister.

Da aber schauten sich der Prälat und Madame Richmond so an, als habe die Bemerkung des Ministers gar keinen Kontakt mit dem, was der Prälat erzählte. Und daher sagte der Minister: „Barbon! Ich wollte überhaupt nur sagen: der Kuhhandel unten ist zu Ende; das Kontrakt hat Chance!“ Er verneigte sich und ging.

Blöhlings fragte der Prälat leise: „Reisen Sie gerne, Madame?“ Da erwiderte sie mit Lächeln: „Wenn es mein Mann erlaubt!“ Und sie arbeiteten weiter...

Zu Mittag hatte der Prälat den Dr. Thilbaut zu sich bestellt, um sich von ihm bei den Vorarbeiten zur Erwiderung gegen die von den linksgerichteten Parteien beschlossene Erleichterung des Ehe-scheidungs-gesetzes unterstützen zu lassen.

Trotzdem die katholische Kirche die Scheidung der Ehe überhaupt nicht anerkennt, konnten die Klerikalen vor einigen Jahren, da das Land noch keine Republik war, die von den protestantischen Klerikalen beantragten Ehe-scheidungs-gesetze nicht verhindern. Und doch vermochten sie durch psychologische Schläue die gegen ihren Willen zu beschlossenen Ehe-scheidungs-gesetze so zu erklären, daß eine Ehe

erst dann geschieden werden durfte, wenn sie schon vollständig zerrüttet war, und sich die Ehegatten schon derart miteinander befeindet hatten, daß es zum mindesten einen wahrhaft anständigen Grund zur Ehescheidung nicht mehr gab... Kom aber, da die linksgerichteten Parteien darauf hingingen, diesen sonderbar fittlichen Familienkult der Klerikalen durch Reform zu verbessern, erachtete es der Prälat als seine vornehmste fittliche Pflicht, schon beizeiten gegen die von den Links-parteien also beabsichtigte Reform der Ehescheidung feindselige Stellung einzunehmen.

Sein Kippent, Dr. Thilbaut, hatte nun kaum begonnen, die Erwiderung niederzuschreiben, die der Prälat demnächst im Plenum gebrauchen wollte, da klopfte der Prälat auf einmal ein Buch zu, in dem er gelesen hatte, schaute auf seine Taschenuhr, erhob sich und lächelte nach seiner Sekretärin hin: „Dr. Thilbaut dimert heute bei uns!“ Und dann verließen sie das Landesparlament und gingen ins Restaurant „Zum schwarzen Wab“.

Beim Dessert sagte plötzlich der Prälat zu seiner Sekretärin, die ihm gegenüber neben Dr. Thilbaut saß: „Madame, erinnern Sie mich, bitte, daran, daß ich heute noch einige Berichte für den Vatikan zu diktieren habe; die Berichte müssen allerdings,“ erklärte er, „in lateinischer Sprache getippt werden!“ — Madame Richmond erwiderte prompt: „Amen!“

Und der Prälat lächelte auf einmal verschmüht: „Da fällt mir gerade ein: ich muß auf meine Begegnung heute morgen mit Dr. Thilbaut zurückkommen!“ Er erzählte seiner Sekretärin, daß er an diesem Morgen, als es so regnete, den Dr. Thilbaut an der Kapelle im Stadtpark angetroffen habe usw. Und schließlich sagte der Prälat: „Ich war dann, als der Regen nachließ, vielleicht erst fünf Minuten weitergegangen, da kam mir der Gedanke, zur Kapelle zurückzugehen, um Dr. Thilbaut zu sagen, er solle anstatt zu Hause zu arbeiten mit mir ins Parlament gehen. Ich ging also zurück, und — und —“, neckte der Prälat, „da sah ich nunmehr an der markigen Stelle vor der Kapelle außer den Fußstapfen, die ich und er zuvor hinterlassen hatten, daß er da mittlerweile mal Spreizstellung eingenommen haben muß, und zwar wegen eines Paars niedlicher Damenstühle, die da vor ihm mit ihren Spitzen ganz dicht ihm zugewendet standen hatten, hm...“, hüpfelte der Prälat und spöttelte: „Aber er selbst und auch sie waren bereits außer Sicht! Dr. Thilbaut hat nun das

Wort!“ stichelte der Prälat. Und Dr. Thilbaut schaute gezwungen lächelnd betroffen vor sich hin.

Madame Richmond aber lächerte: „Bitte, Herr Prälat, so machen Sie ihn doch nicht schon wieder mal verlegen!“ Sie tippte dabei leise gegen den Fuß des Prälaten, so daß er durch den heimlichen und sehr vertraulichen Anstoß zu empfinden glaubte, sie wolle ihn aus Vorsicht dazu ermahnen, in ihrer Gegenwart in keinem Falle über irgendwelche Liebeslei zu sprechen. Dem Prälaten hatte die vertrauliche Berührung so belebend auf das Gemüt gewirkt, daß er, um wenigstens ein Döschchen zu vertuschen, sich erhob.

Bevor sie nun den Tisch verließen, sprachte der Prälat nach seiner Sekretärin hin, indem er seinen Bauch befahlte, und fragte: „Herr Dr. Thilbaut, bin ich nicht zu dick?“

Dr. Thilbaut antwortete: „Ach nein! Bei der hohen Geistlichkeit fällt das nicht auf!“

Und da sagte Madame Richmond ganz spontan: „Doch! Der dicke Bauch muß weg!“

Kaum waren sie wieder im Landesparlament angekommen, da sagte der Prälat zu Madame Richmond und zu Dr. Thilbaut, sie sollen nach oben gehen, er müsse „erst noch etwas“ erledigen.

Er sprach nun telephonisch mit einem Gymnastiklehrer und bestellte ihn „für morgen früh um 8“ zu sich in sein Zimmer bei den „Brauen Schwestern“. Dann eilte er aus dem Parlament, über den großen Platz ins Warenhaus, kaufte ein Turntrikot und — ließ es „sofort nach Hause bringen“.

Mittlerweile hatte Madame Richmond zu Dr. Thilbaut gesagt: „Du, da waren wir aber heute morgen wirklich in der Patzsch!“

Er erwiderte: „Vor dem Prälat muß man sich hüten, auch wenn er nicht bei uns ist!“

Sie schaute nachdenklich vor sich hin und trommelte auf dem Schreibtisch. Und plötzlich sagte sie: „Maurice, ich halte es für ausgezeichnet, wenn Du Dich bald mal mit irgendeiner Dame, mit der Du auf freundschaftlichem Fuße stehst, vor ihm sehen läßt!“

(Fortsetzung folgt.)

Verantwortlich: für den politischen Teil Artur Dombrowski, für „Betrieb und Verkehr“ und „Waldenburg“ Wilhelm Diebold, für „Breslau“, „Schlesien“ und die übrigen Beilagen Alfred Thoma, sämtlich in Breslau. — Für den literarischen Teil Richard Schulz, Bielefeld. — Für Inserate Dr. Schuler, Bielefeld.

Neue Mietpreissteigerung

Als Preis für die Zustimmung zum Konkordat

Wir haben gestern behauptet, daß die Zustimmung der Wirtschaftspartei zum Konkordat nur mit Konzessionen der SPD an die Partei des Hauswuchers zu erklären ist. Unsere Behauptung erhält jetzt ihre Bestätigung durch eine Verordnung, die vom Amtlichen Preussischen Pressedienst angekündigt wird. Offiziell wird nämlich mitgeteilt:

„Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, werden durch eine demnächst in der Preussischen Gesefsammlung erscheinende Verordnung des Preussischen Staatsministeriums neue Bestimmungen über die Betriebskosten und die gesetzliche Miete in Kraft treten, und zwar ist der 1. August dieses Jahres als Anfangstermin für die Gültigkeit der neuen Bestimmungen gedacht, nach denen die Gemeindeführer einen Hundertsatz der reinen Friedensmiete festsetzen sollen, um den sich die gesetzliche Miete an den Orten erhöhen wird, wo eine Erhöhung der Betriebskosten nach dem 1. Oktober 1927 vorgenommen worden ist. Durch die neue Bestimmung soll dem Vermieter ein Ausgleich für die ihn drücklich treffende höhere Belastung gewährt werden.“

Es soll also in der Tat auf diesem Wege eine Erhöhung der Mieten durchgeführt werden. Den Gemeindebehörden soll es überlassen werden, einen Hundertsatz festzusetzen, wonach dann die gesetzlichen Mieten erhöht werden.

Dieses Geschenk an die Hausbesitzer durch die preussische Regierung ist der Dank für die Zustimmung der Hausbesitzerpartei zum Preussischen Konkordat.

Nicht nur werden in nächster Zeit die Kosten der wichtigsten Nahrungsmittel durch die Sozialpolitik der Koalitionsregierung sich wesentlich erhöhen, nicht nur kündigt die Reichsbahngesellschaft einer neuen Tarifierhöhung an, die sich abermals in einer Verteuerung der Waren im Kleinhandel ausdrücken muß, auch die Wohnungsmieten sollen hiernach erhöht werden.

Panzerkreuzer, Schandschiedsprüche, Senkung der Lebenshaltung der Arbeiter, Ausplünderung der Werktätigen durch Zollwucher, Mietwucher, Eisenbahnpreiserhöhung — das sind die Früchte der Koalitionspolitik eines Jahres.

„Der Feind steht rechts . . .“

Wie das Republikshutzgesetz in der Praxis ansah

L. R. Das Republikshutzgesetz ist gefallen. Es ist Zeit, sich zum Bewußtsein zu bringen, wie es sich in der Praxis auswirkte. Die Sozialdemokraten in ihrer bodenlosen Feindschaft tun so, als ob die Kommunisten mitgeholfen hätten, ein Gesetz zu Fall zu bringen, das der Rechten unbenommen war. In Wirklichkeit war das Republikshutzgesetz den Rechtsparteien nicht unbenommen, es störte nicht ihre arbeitersindliche Politik und hinderte nicht ihre Propaganda und Umsturzpläne. Im Gegenteil. Das Gesetz wurde in seiner Anwendung ein ausgesprochen einseitig funktionierendes Kampfmittel gegen links, gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung, vorwiegend gegen die Kommunisten.

Tatsachen beweisen:

Am 21. Juli 1922 wurde das Gesetz erlassen.

In der Reichstagsabstimmung vom 17. 8. 1928 konnte der Abgeordnete Obrnie feststellen, daß bis dahin auf Grund des Republikshutzgesetzes gegen Antifaschisten rund 15 000 Prozesse inszeniert worden seien — gegen Faschisten, Fememörder, kein Schuß.

Die Ereignisse von 1923 brachten die Hochblüte in der verbrecherischen Anwendung des Republikshutzgesetzes. Kein Faschist flog ins Gefängnis. Auch nicht aus Anlaß der Verschwöreraktionen. Ludendorff, immer dabei, verzehrt ungehindert seine von der Republik gezahlte Pension. Der Verschwörerminister Kahr blieb auf seinem Thron. Prinz Rupprecht, auch einer der Hauptverschwörer, kam ebenfalls mit dem Republikshutzgesetz in unliebsame Verbindung.

Der Staatsgerichtshof proklamierte und praktizierte das Prinzip: Jeder Kommunist gehört ins Zuchthaus! Die Zugehörigkeit zur KPD wurde zu einem Kriterium der Strafbarkeit nach § 7 des Republikshutzgesetzes. Um Faschisten, die zufällig in die Justizmaschine gerieten, am Gefängnis vorbeizuführen, begnadigte man sie mit dem Hochverratsparagrafen 81 bis 86 zu Festungshaft.

Das Entsetzen über diese Justiz ging allmählich bis weit in die

bürgerlichen Kreise hinein. So schlimm wurde das Walten der Justiz im Staatsgerichtshof, so offenkundig seine bewußt einseitige Handhabung des Schwertes der Gerechtigkeit — zur Sicherung der Konterrevolution —, daß schließlich sogar der „Vorwärts“ (um den Schein zu wahren) tiefstes Mißtrauen gegen die Mißnerel bekundete. Nach dem Freispruch der Raibena-Wörder, Ende Juni 1925, schrieb das „Berliner Tageblatt“:

„Angeichts der Todes- und Zuchthausstrafen, die in den großen Kommunistenprozessen der letzten Zeit verhängt worden sind, muß allgemein die Frage aufstehen, ob ein so mildes Urteil auch zustande gekommen wäre, wenn es sich um einen Mord von links gehandelt hätte. Wer würde das bejahen?“

Und das Zentralorgan der SPD. ließ sich damals wie folgt vernehmen:

„Dieser Freispruch des Staatsgerichtshofes ist nur ein neues Glied in der endlosen Kette ununterbrochener Herausforderungen des Rechtsempfindens des Volkes . . . es wird kaum ein einziger Spruch eines Gerichtes in politischen Prozessen auch nur einen Verteidiger finden.“

Schließlich fiel der Staatsgerichtshof, aber seine Justizpraktiken blieben. Es blieb auch die Verteidigung des Republikshutzgesetzes durch die Sozialdemokratie. Sie wollte dieses Gesetz, das sich als Instrument gegen jede revolutionäre Neuerung so famos bewährte, unter keinen Umständen missen. Bis in die letzten Tage hinein wurden auf Grund dieses schändlichen Gesetzes Arbeiter zu den schwersten Strafen verurteilt. Es hinderte nicht, daß der Femegeneral Schulz sich nun der goldenen Freiheit erfreut. Aber Margies und viele andere schmachten weiter hinter Kerkermauern.

Das Republikshutzgesetz ist gefallen. Noch aber sind viele seiner Opfer in den Kerker der Republik. Heraus mit ihnen!

Massen der organisierten Freidenker um die Fahne der Opposition zu sammeln, um die Führer der Freidenkeropposition einen starken Schutzwall, eine breite Garde zu scharen. Bei jedem Versuch von neuen Ausschlußverfahren, Funktionenthebungen und Entsetzung von Kommissaren müssen die Sievers und Kumpner auf den Widerstand organisierter Massen stoßen. Und wenn Herr Sievers durchaus die Opposition aus dem Verband abspalten will, dann soll er das festsetzen: gebrandmarkt als Spalter mit weniger seiner Rechte — und die Opposition soll an der Spitze aller ehrlichen, freihellisch denkenden revolutionär-abheftlichen Proletariermassen den Verband unter den alten Führern des Klassenkampfes fortführen.

Opposition vor die Front! Eine neue Periode proletarischen Kulturkampfes ist angebrochen. Sie wird ihr Ende finden mit dem Sieg der proletarischen Revolution! Denn erst der Sozialismus wird die ökonomische Grundlage schaffen, auf der keine idealistische, religiöse, pfäffische Ideologie existieren kann.

Nationalsozialistische Manöver in Sachsen

Dresden, 4. Juli. Der neugewählte sächsische Ministerpräsident Dr. Büniger hat seine Kabinettsliste endgültig zusammengestellt. Das Wirtschaftsministerium erhält die Deutschnationale Partei, das Finanzministerium die Wirtschaftspartei, das Justizministerium erhält Dr. Mannsfeld, das Innenministerium Dr. Richter. Die beiden letzteren gehören keiner Partei an.

In dem neuen Kabinett sind zum Unterschied von dem bisherigen die Nationalsozialisten, Antifaschisten, Demokraten und Aufwärtler nicht vertreten.

Die Nationalsozialistische Arbeiterpartei wandte ihr übliches Manöver an. Zuerst stimmte sie für Dr. Büniger und verhalf ihm so zu seiner Wahl als Ministerpräsident. Nach erfolgter Wahl forderten sie, daß kein Demokrat das Innenministerium innehaben dürfe, während sie selbst sich weigerten, an der Regierung teilzunehmen. Die Verdrängung der Demokraten vom Innenministerium ist ihnen denn auch gelungen.

Gleichzeitig, während noch die Verhandlungen über die Kabinettsbildung in der Schwebe waren, richtete die Nationalsozialistische Partei einen von Helmuth v. Müde, dem Führer der sächsischen Nationalsozialistischen Fraktion, unterzeichneten Brief an die KPD-Fraktion und sozialdemokratische Fraktion, in dem sie ihre Bereitschaft erklärt, eine von diesen Parteien gebildete Regierung zu unterstützen.

Die kommunistische Partei hat dieses Angebot selbstverständlich abgelehnt.

Die Gewerkschaftsfrage auf dem ant imperialistischen Weltkongress

Einen breiten Raum in den Verhandlungen des ant imperialistischen Weltkongresses, dessen Eröffnung definitiv am 20. Juli in Frankfurt a. M. a. in stattfindet, wird die Behandlung der Gewerkschaftsfrage, die Aufgaben der Gewerkschaften im Kampfe gegen den Imperialismus einnehmen.

Für den ant imperialistischen Weltkongress sind für eine große Anzahl der stärksten Gewerkschaftsverbände der Welt Delegationen angemeldet. U. a. werden folgende Gewerkschaftsverbände durch Delegierte vertreten sein: Vertreter der allrussischen Gewerkschaften, die von Melnikowsky, dem Vorsitzenden der russischen Zentralarbeitergewerkschaft, geführt werden; Vertreter der englischen Metallarbeitergewerkschaft und andere Vertreter. Der indische Gewerkschaftskongress, der alle indischen Gewerkschaften umfaßt, hat zwei Delegierte zur Teilnahme an dem ant imperialistischen Weltkongress bestimmt, die von der englischen Polizei verhaftet und eingekerkert sind. An ihrer Stelle sind zwei andere Delegierte unterwegs nach Europa.

Der südafrikanische Gewerkschaftskongress ist durch seinen Vorsitzenden Andrews vertreten. Weitere Delegationen sind angemeldet von algerischen Gewerkschaftsbund, der CGIL Frankreichs, von den indonesischen Gewerkschaften, von zahlreichen lateinamerikanischen, schweizerischen, schweizerischen und anderen Gewerkschaften.

Als Hauptreferenten haben sich gemeldet und sind nach dem Beschluß der Exekutive vorgelesen: Melnikowsky, Vertreter der russischen Gewerkschaften, Monmousseau, Vertreter der CGIL Frankreichs, Goffin, Vertreter der englischen Metallarbeitergewerkschaft, Moesso, Vertreter der indonesischen Gewerkschaften.

Allein die Behandlung dieser Frage wird das Interesse vieler Millionen Arbeiter an diesem Kongress erwecken.

Vor neuer Erhöhung der Eisenbahntarife

Verhandlungen Dormüllers mit der Reichsregierung

Der Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahngesellschaft hat in seiner Kölner Tagung am 1. und 2. Juli beschlossen, mit der Reichsregierung wegen Deckung von Mehrausgaben in neue Verhandlungen zu treten. Eine „Tarifierhöhung in irgendeiner Form“ wurde als nicht mehr vermeidbar bezeichnet. Die neue Verteuerung der Eisenbahntarife ist für den Herbst geplant.

Die Lohnforderungen der elend bezahlten Eisenbahner wurden von Dormüller unter Beihilfe der reformistischen Gewerkschaftsführer gerade mit der Begründung abgelehnt, daß sonst eine Tarifierhöhung eintreten müsse. Dennoch soll eine neue Tarifierhöhung kommen! Es sei dabei daran erinnert, daß im vergangenen Jahre bereits die Reichsbahngesellschaft durch Beseitigung der 4. Klasse eine wesentliche Verteuerung der Personentarife gerade für die Arbeiterschaft durchgeführt hat.

Dormüller kann sich keineswegs über zu niedrige Einnahmen beschweren; sie sind seit 1925 um über 10 Prozent gestiegen. Die Steigerung der Personalausgaben, trotz des Massenabbaues, erklärt sich ohne weiteres aus den Riesengehältern für die übergroße Zahl von Direktoren, Inspektoren usw., dann aber auch aus den Millionenausgaben für den etwa 10 000 Mann starken sächsischen Bahnschutz und die zahlreichen, mit den modernsten Kriegsmitteln ausgerüsteten Panzerwagen Dormüllers. Wenn diese Ausgaben fortlaufen würden und Dormüller hier sparen wollte, könnte ohne weiteres jegliche Tarifierhöhung vermieden und den Eisenbahnern die zum Leben notwendigen Löhne und Gehälter gezahlt werden. Der geplante neue Tarifwucher muß ebenso wie der übrige Preis- und Zollwucher den schärfsten Widerstand der Arbeiterschaft finden und mit dem Kampf für neue Lohnforderungen beantwortet werden!

Freidenkeropposition vor die Front!

Vom Sekretariat des FF. wird uns geschrieben: Im proletarischen Kulturkampf hat eine große Schlacht begonnen. Wieder sind die Fronten des Klassenkampfes klar: auf der einen Seite die Trußbourgeoisie, mit allen ihren reaktionären Institutionen und eng verbunden mit der Sozialdemokratie — auf der anderen Seite die Massen des Proletariats unter Führung der revolutionären Opposition und der kommunistischen Partei.

Man muß klar sehen: das Preußenkonkordat ist der Beginn eines Kirchenaustrittes und einer Kulturreaktion, wie sie das deutsche Proletariat noch nicht erlebt hat.

Es ist ein offenes Geheimnis, daß Preußen mit der sozialdemokratischen Koalitionsregierung nur den Anfang macht. Dann sollen Baden, Württemberg und andere Staaten folgen. Und alle Konkordate mit der katholischen Kirche sind nur das Vorbild zu noch weit schlimmeren Konkordaten mit den evangelischen Landeskirchen.

Was die Kirchen und Regierungen in den Konkordaten aus Zweckmäßigkeitsgründen nicht ausdrücklich und ausführlich festlegen, das wird von den Koalitionsregierungen in die Landes- und Reichsgesetze hineingearbeitet. Sollte dann noch ein schäbiger Rest unerfüllter Kirchenforderungen bleiben, dann wirkt in einigen Jahren für den katholischen und evangelischen Klerus das Reichskonkordat, das alle Wünsche der Kuttenträger restlos befriedigt.

Das ist der Plan. Die Sozialdemokratie — wer könnte es auch anders erwarten — lenkt diesen Plan, billigt ihn, hilft ihn durchzuführen und ist mitschuldig an der Verpöpfung und Klerikalisierung der Kinder, der jugendlichen und erwachsenen Arbeiter.

Wo ist die Kraft, die sich dieser imperialistischen Kirchenreaktion entgegenwirft? Die antibolschewistischen Bürokraten im Hauptvorstand und in den sozialdemokratischen Bezirksleitungen des Freidenkerverbandes haben andere Sorgen. Im Auftrage des SPD-Parteivorstandes rühren sie keinen Finger gegen das Konkordat; im Gegenteil, sie sabotieren die Organisierung jedes ersten Kampfes gegen die Kulturreaktion. Sie versuchen, mit Polizei und Gerichtsweltlicher, mit Klassenjustiz und Brutalität, mit Lüge und Verleumdung die Opposition auszurotten und die Durchführung der arbeitersindlichen Koalitionspolitik, die Vorbereitung des Krieges gegen die Sowjetunion durch Stärkung des finanziellen und politischen Einflusses der Kirche zu sichern. Während das Preußenkonkordat im Landtag durchgepeitscht wird, spalten sie in Thüringen einen weiteren Bezirk des Freidenkerverbandes ab. Während die Arbeiter sich aufbäumen gegen die wachsende Kirchenreaktion, bereiten sie neue Spaltungskreuzer in Nord- und Südbahnen vor. Mit der Sozialdemokratie und den Pfaffen haben sie eine große Verschwörung zur Täuschung und Verdamnung der Massen geschloffen.

Bleibt nur die Opposition unter Führung der kommunistischen Partei. Diese revolutionäre Freidenkeropposition hat jetzt im

proletarischen Kulturkampf, in der Zeit der wachsenden Kriegsbege gegen die Sowjetunion eine große, eine historische Aufgabe zu erfüllen: die Massen der organisierten Freidenker und des gesamten Proletariats zu sammeln zum Kampfe gegen die wachsende Kulturreaktion in Deutschland.

Aus dem Rahmen des vereinmähtigen innerorganisatorischen Kampfes muß die Opposition heraustreten und hineingehen in die Betriebe, in die Gewerkschaften, in die Sport- und sonstigen sozialpolitischen und kulturellen Organisationen. In den Massen des Proletariats muß die Opposition die Fahne des revolutionären Abheismus, des Marxismus-Leninismus aufpflanzen und die Massen sammeln und organisieren zum Sturm gegen die einheitliche Kampffront von Trußkapital, Sozialdemokratie und Pfaffentum.

Oppositionelle Freidenker! Heraus zur Offensive!

Die Zeiten für die Konkordats-Sozialdemokratie werden nicht rosig. Die sozialfaschistischen Spaltungsmethoden der Sievers und Kumpner haben den Grad erreicht, bei dem nun selbst die proletarischen Anhänger der SPD. kurzig werden müssen.

Die Kommunisten vor allem: In jeder Stadt, in jedem Ort müßt ihr mit voller Kraft an die Durchsetzung des Weidinger Parteitags-Beschlusses herangehen: Unsere Aufgaben sind klar: Fraktionslosungen liberaler und Hinzuziehung der Sympathisierenden. Dessenartige Rundgebungen der Opposition, verbunden mit Entgegennahme von Erklärungen zum Kirchenaustritt und zur Abmeldung der Kinder vom Religionsunterricht. Zielbewusste Anträge gegen die Konkordatspolitik in allen proletarischen Organisationen. Ausweisung der kriegerrischen, antibolschewistischen Hintergründe für die Konkordate und Einreihung aller Freidenker in die Front des Kampfes gegen den imperialistischen Krieg, in die Front des roten Tages am 1. August.

Noch eins ist klar: Das Bündnis zwischen Staat, Pfaffentum und sozialdemokratischen Bürokraten ist so innig, die spalterischen Freidenkerbunzen sind für die Bourgeoisie als Werkzeug zur Verhinderung proletarischer Kulturkämpfe so wertvoll, daß wir auf prozeduralem Wege niemals Recht erhalten werden. Die Klassenjustiz schlägt ihre Sievers und Konjorten. Sie wird sie schützen und in Amt und Würden halten, selbst wenn die Opposition eine noch größere Mehrheit hätte.

Also wollen wir die Unterschriftenammlung völlig umstellen. Nicht allein gegen die zusammengehörigste Frankfurter Generalversammlung soll unterschrieben werden, nicht mehr darf im Mittelpunkt das Argument von der Weidingeremäßigung stehen. Jetzt geht es um mehr, um Größeres. Die Unterschriftenammlung muß eine Massenprotestbewegung werden gegen die Kulturreaktion und die schändliche pfaffenrechtliche Rolle der Sozialdemokratie und der Freidenkerbürokratie. Die Unterschriftenammlung soll das Ziel verfolgen, die

Organisiert den Aufmarsch am 1. August! Bildet Antikriegskomitees in den Betrieben!

Londoner Slums

Reportage aus dem englischen Arbeiterleben von N. J.

Der Fremde, der zum erstenmal in London weilt, ist überwältigt von den Eindrücken, die er bei einem Gang durch die Stadt bekommt und die Londons Charakter als Großstadt kennzeichnen. Oft hat sich der schlaue Besucher einen Führer durch die Stadt erstanden und lernt danach die Museen, berühmte Gebäude und die verkehrsreichsten Plätze kennen; außerdem kann er, gehört er der vergangenen Generation an, leuchtenden Auges die tägliche Soldatenpleiße bewundern und wehmütig Erinnerungen an „herrliche Zeiten“ anstellen.

Hat er sich alles, was der Führer ihm vorschrieb, angesehen, so glaubt er einen umfassenden Eindruck vom Londoner Leben und Treiben bekommen zu haben. Jahrelang wird er noch von der schönen Stadt erzählen. Daß es aber neben dem schönen London mit seinen breiten Straßen auch Stadtteile gibt, in denen das größte Elend herrscht, wird der Fremde in seinem Führer nie lesen können. Und gerade diese Elendsquartiere, die

Möglichkeit, Produkte, die auf eine gute Verdauung schließen lassen, im Flur des Hauses abzulegen. Dieser Flur besteht aus einem schmalen, niedrigen Gang, durch den man in einen Raum gelangt, der an der darin befindlichen Kochmaschine als Küche zu erkennen ist. Der Raum ist so klein und niedrig, daß man sich kaum darin bewegen kann. Außerdem wird der Herd als idealer Trockenplatz für alle möglichen Wäschestücke benutzt.

Eine morische Holzstiege führt von der Küche zum „Schlafzimmer“. Das einzige kleine Fenster ist geschlossen. Es kann nach Art der Eisenbahnfenster hochgezogen und hinabgeschoben werden. Die Bauart und der Anstrich der Fenster ist berart häßlich, daß der Hausfrau alle Luft genommen wird, es mit staubfangenden Gardinen zu schmücken. Wohl dem edlen Bauherrn, der die Frau vor dieser ins Geld greifenden Ausgabe bewahrt hat! Im Winter sind die Fenster natürlich eingetroren. So kommen die Bewohner nicht in die Verlegenheit, es öffnen zu müssen, womit einer Erkältung vorgebeugt wird. Es ist nicht nötig, die Luft durch das Fenster einzulassen, da der offene Flur im Winter für kühle frische Luft einen passenden Weg bietet, während sich im Sommer die dampfende Straßenluft mit den Ausdünstungen schmiererger Menschenleiber harmonisch vereinigt.

Nachdem das Fenster von den Lumpen, die das Eindringen der Kälte verhindern sollen, entblößt ist, kann man den Raum näher betrachten. Er ist etwa 2 Meter hoch und 3 Meter breit. Auf einer Seite steht ein Gestell mit Matratzen, Decken und Lumpen, das Bett, in dem sich drei Menschen dem Ungezieferfraß aussetzen. Gegenüber stehen die Reste eines Waschtisches, wurmstichige Bilder und ein paar Nippesachen zeigen, daß die Bewohner nicht immer in der jetzigen Armut gelebt haben. Bewohnt wird das Haus von zwei Familien. Die eine, aus sechs Personen bestehende, bewohnt zwei Stuben und die Küche seit neun Jahren. Das älteste von den vier Kindern ist elf Jahre und das jüngste zwei Jahre alt. Der Mann, der schon seit langer Zeit arbeitslos ist, erhält zur Zeit eine Unterstützung von zwei Pfund = 40 Mark wöchentlich. Diese Summe scheint auf den ersten Blick groß genug zu sein, um eine kümmerliche Lebenshaltung zu ermöglichen. Von diesem Gelde gehen aber allein 9 Schilling 6 Pence (etwa 9,50 Mark) als wöchentliche Miete ab.

Die eben geschilderten Zustände sind natürlich nicht das ärgste Beispiel für das Elend der Slumbewohner. Es gibt

schlechtere und auch bessere Wohnungen, die letzten kann man aber meistens nur an der höheren Miete als solche erkennen. So hat z. B. eine Familie in derselben Stadtgegend für drei Räume 22 Schilling (22 Mark) wöchentlich zu zahlen. In einer Hinsicht unterscheiden sich aber alle Häuser nicht voneinander: In allen von uns besuchten Häusern befinden sich der Abort und die Wasserleitung auf dem Hof. Der eble Zweck dieser Einrichtung ist geradezu rührend. Die Slumbewohner werden mit Wassererschleppen und Abhärtung im Winter körperlich ertüchtigt.

Der Laie mag nach den Maßnahmen der Polizei diesem Elend gegenüber fragen. Diese Einrichtung zeigt sich hier gang als ein von der herrschenden Klasse geschaffener Schutz für ihre Interessen. Sie unternimmt nichts, um dem Elend abzuhelfen.



Neue Häuser für Arbeiter können nicht gebaut werden, da das Geld notwendig gebraucht wird, um neue Kriegsbentmäler und schmutzige Uniformen für die Soldaten zu schaffen. So wartet man also, bis die Häuser der „Slums“ verfallen.

Was tut die Stadt gegen dieses Elend? Sie zahlt Unterstützung, die nicht ausreicht, um eine Familie menschenwürdig zu ernähren. Wenn das auch der Fall sein würde, so ist dem größeren Uebel, dem Wohnungselend, immer noch nicht abgeholfen. Die schlechten Zustände der Wohnungen sind es aber gerade, die die Gesundheit der Bewohner erschüttern und den Kindern schon in frühester Zeit den Krankheitskeim eingeben. Auch die Begleitererscheinungen dieses Elends, das Verbrechen und die Prostitution fehlen nicht und treiben die größten Missetaten. Elendsquartiere findet man in jeder Großstadt, doch nie ist der Gegensatz zwischen den militärämtamburchstobten Straßen des Westens und den Behausungen der Armen so groß wie in London.



„Slums“, muß man besuchen, um den richtigen Eindruck von der Stadt zu bekommen.

Im Wörterbuch wird das Wort „Slum“ mit „schmutziges Hintergäßchen“ übersetzt. Der Plural bezeichnet eine „verraufene Stadtgegend“. Diese Angaben reichen natürlich keineswegs aus, um sich auch nur von dem einen Begriff zu machen, was die „Slums“ eigentlich sind. Unter Londoner „Slums“ sind die Arbeiterwohnungen zu verstehen. Elendsquartiere findet man zwar auch oft in nächster Nähe der sauberen Wohnungen der reichen Bevölkerung; die größte Anzahl der fürchterlichsten Behausungen findet man aber im Osten, wo sie einen eigenen Stadtteil, eben die „Slums“, bilden.

Man hat kaum die Straßen der „Slums“ betreten, und schon



bemerkte man einen Unterschied zwischen der übrigen Stadt und diesem östlichen Teil. Die Luft ist durch den Rauch der Fabrikschornsteine verpestet, sie ist mit den verschiedensten Gerüchen durchdrungen, die von dem Dreck der Straßen und von den nicht mehr frischen Lebensmitteln, die auf offener Straße verkauft werden, durchdrungen. Papierfetzen liegen ebenso zahlreich umher wie in den Berliner Ausflugsorten. Die Häuser, die zum größten Teil ein- bis zweistöckig sind, sehen alle gleich schmutziggelblich aus. Ganze Blöcke befinden sich in Händen eines Unternehmers, der sich sehr um die Bewohner kümmert, d. h. natürlich nur, wenn die wöchentlichen Mieten eingetrieben werden.

Ein Haus, das wie zu unserem Empfang weit geöffnet war, denn es hatte keine Tür, schien besonders zu einem Besuch geeignet. Einmal breiteten von vier Wänden nach außen die

Leben und Sterben einer Kontoristin

Ort des Geschehens: Berliner Norden, eine schmutzige, enge Straße, ein Hinterhaus. Dort oben vier steile Treppen, ein schmales Dachlammchen, zerrissene Gardinen und blinde Fensterstüben. Auf dem alten Bettgestell meine kleine tote Freundin.

Das kam so. Aus einer Provinzstadt kam die achtzehnjährige Hilde nach Berlin in ein Warenhaus als Verkäuferin für Hüte. Sie hatte sich beworben und wurde gleich angenommen, weil sie nett und sauber ausah, nur ein Zeugnis hatte sie von ihrer Tätigkeit in ihrer Heimatstadt. Ihre Eltern hatten zu Hause noch vier kleine Kinder, der Vater war Maurer und arbeitete auf einem Bau, die Mutter wusch in den Häusern der Reichen. Hilde war so tapfer und mutig als sie nach Berlin fuhr und glaubte gut zu verdienen, um den Eltern das Leben zu erleichtern.

Wiel anders sah das aber in Wirklichkeit aus. 125 Mark Gehalt, dann noch die Abzüge für die Kassen und die hohe Steuer!

Anständig gekleidet wollte man auch sein. Das Fahrgehd, ein dürftiges Zimmer und . . . essen. Hilde hungerte, sorgte sich ums Weiterkommen, sah so blaß und elend aus. Sah auch wie altes Personal erbarungslos entlassen wurde, um jüngeren Platz zu machen, sah Trauer und Verzweiflung der Abgelagerten. Sie hoffte auf Zulage, wurde auf später vertröstet, man zahlte streng nur Tarife, keinen Pfennig mehr.

Hilde wurde krank. Der Kassenarzt kam, Lungenentzündung, man solle die Eltern benachrichtigen.

Hilde schüttelte den Kopf, nein, es war gewiß nicht nötig, Mutter könne das Reisegeld selber nicht aufbringen. Freundinnen kamen sie besuchen, brachten etwas Obst und Zeitschriften. Kranksein war mal ganz schön. Man konnte still liegen und brauchte nicht zu laufen und zu rennen den ganzen langen Tag, sogar die liebe Sonne sah ein wenig durchs Fenster. Aber Hilde wurde sehr viel kränker und schwächer, der Arzt telegraphierte der Mutter, doch sie hatte kein Geld für die Reise. Einsam und allein starb meine kleine Freundin mit achtzehn Jahren.

tw.

Kriegsrüstungsinternationale

„Die blutige Internationale der Rüstungsindustrie“, von Otto Lehmann-Ruhbüdt, Fackelreiter-Verlag, Hamburg-Bergedorf, 82 S., Preis 1 Mark.

Die an den Kriegslieferungen verdienen, fragen nicht ihre Abnehmer, ob Freund, ob Feind, sondern nur: **Wieviel wird gezahlt.** Weil die Regierungen und Kriegsministerien die größten Besteller sind, blüht hier die politische Korruption, die das Licht der Öffentlichkeit scheut, ganz besonders. Lehmann-Ruhbüdt enthüllt diese Politik und Beziehungen der Rüstungsindustriellen, für die der Krieg das profitabelste Geschäft ist. Es ist ein blutiger Miß, daß gerade diese Rüstungsindustriellen mehr als alle übrigen Kapitalgruppen international verbunden sind und langsam darüber wachsen, sich nicht gegenseitig das Geschäft zu verderben. Das galt sogar während der Kriegszeit, wie Lehmann-Ruhbüdt nachweist.

Lehmann-Ruhbüdt weiß sehr wohl, daß diesen Kriegsverdienern nicht mit moralischen Ermahnungen beizukommen ist. So empfiehlt er als Mittel zur Verhinderung der Kriegsrüstungen und allgemein neuer Kriege — **die Besitze an Kriegsrüstungen zu verbieten.** Dabei stellt Lehmann-Ruhbüdt selber fest, daß das „reine“ Rüstungskapital immer enger mit dem gesamten Industriekapital verknüpft, als Folge der Entwicklung der Wirtschaft. Die Rüstungsindustriellen sollen alle nach Lehmann-

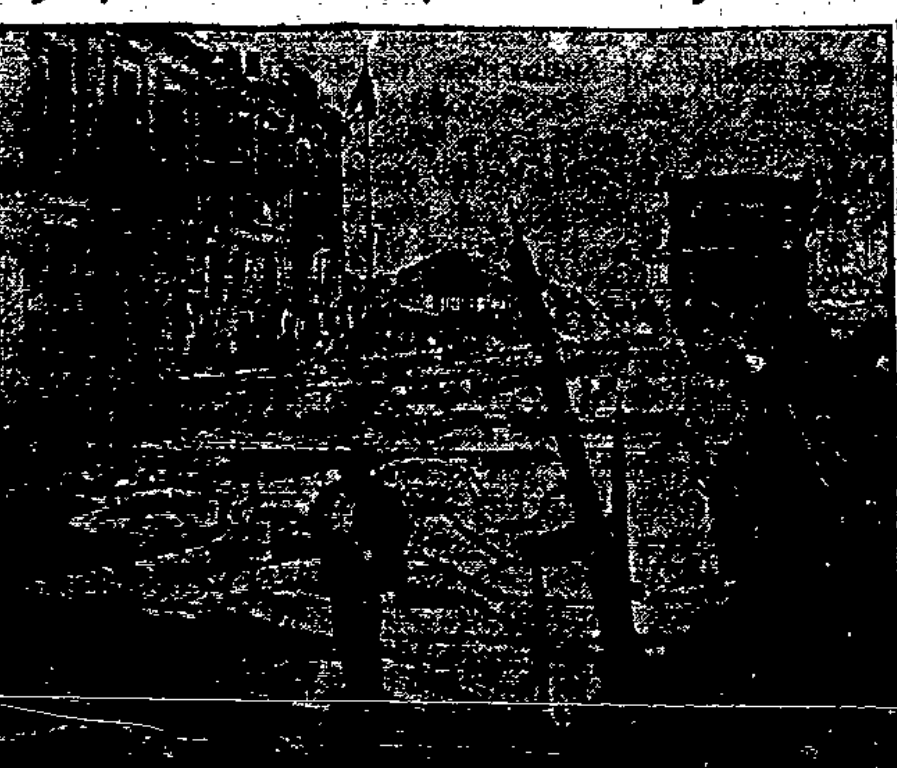
Ruhbüdt beschließen: In den profitabelsten Geschäften wollen wir nichts mehr verdienen! So dreht sich der bürgerliche Pazifismus in einem ausweglosen Kreise. Lehmann-Ruhbüdt beschreibt dabei selber, ohne es ausdrücklich festzustellen, daß am Kriege das gesamte Finanzkapital, nicht das unmittelbare Rüstungskapital, das allerdings an der Fortsetzung des kapitalistischen Konkurrenzkampfes mit den Mitteln des Krieges ganz besonders interessiert ist, zu den Interessenten der modernen Kriege gehört.

Bei dieser Gelegenheit seien noch einige Feststellungen zu der Hamburger Giftgaskatastrophe in der Stolzenbergischen Fabrik im Vorjahre gesagt. L.-R. übernimmt kritisch die Künstler-Lügen, daß es sich um in Rußland von Stolzenberg produziertes Giftgas gehandelt habe. Tatsache ist, daß nicht nur das Reichswehrministerium, sondern auch Stolzenberg den Sinn der „westlichen Orientierung“ seit Locarno und Genf voll auf begriffen und mitgemacht hat. Deswegen hat Stolzenberg mit französischem Kapital in Rumänien eine moderne Giftgasfabrik errichtet, die zum Kriege gegen die Sowjetunion benötigtes Giftgas liefern soll. Wenn es sich in Hamburg tatsächlich um Giftgas aus einer ausländischen Stolzenberg-Filiale gehandelt haben sollte, so kann dieses nur aus der rumänischen Giftgasfabrik kommen. Dann ist es allerdings auch erklärlich, warum die bürgerliche Presse in England und Frankreich so zurückhaltend und unkritisch die Entdeckung der Giftgaslager in Hamburg behandelte und warum die sozialdemokratische Presse durch Lügen von den wahren Spuren abzulenken versuchte.

Es soll L.-R. zugute gehalten werden, daß die Tatsache der Errichtung einer großen Giftgasfabrik in Rumänien durch Stolzenberg mit französischem Kapital bisher nicht bekannt war. Aber auch in pazifistischen Kreisen sollten Behauptungen aus dem Munde eines Künstlers, der bereits allzu viel und dreißig geschwindelt hat, nicht mehr ernst genommen werden.

G. Reimann.

Hafenarbeiterstreik im Piräus



Vor kurzem ist im Athener Hafen (Piräus) ein großer Hafenarbeiterstreik ausgebrochen, der mehrfach zu blutigen Zusammenstößen zwischen Streikenden und Militär geführt hat, das zum Schutz der Arbeitswilligen aufgeboden worden war. Der Streik wurde am geplanten Tage ausgenommen, an dem im griechischen Parlament ein Antikommunistengesetz angenommen wurde. Der Streik steht unter Führung der Kommunisten.

Unser Bild zeigt einen Streikposten und einen Militärposten im Kampf um Piräus.

Noch einmal der Schupolberfall im Obdachlosenstahl

Betrug an den städtischen Arbeitern

Gewerkschaftsbürokraten nehmen 4-Pfennig-Angebot an Gemeinbearbeiter, ihr habt das Wort!

Wie wir kurz vor Reaktionschluss von städtischen Arbeitern erfahren, hat der Magistrat den städtischen Arbeitern folgendes Angebot gemacht:

Die Stundenlöhne erhöhen sich ab sofort um vier Pfennig, und im Frühjahr 1930 erfahren sie eine weitere Erhöhung um einen Pfennig. Der neue Tarif hat bis Oktober 1930 Geltung.

Wie verkauert, beschwichtigten Diener und seine Getreuen, das Schandangebot des Magistrats anzunehmen. Da die reformistischen Gewerkschaftsbürokraten genau wissen, daß die Arbeiter nach wie vor auf ihrer 3-Pfennig-Forderung bestehen, sollen die Arbeiter nicht einmal gefragt werden. Lediglich eine Funktionär-Führung, die für heute abend einberufen ist, soll zu dem Magistratsangebot Stellung nehmen und über seine Annahme oder Ablehnung entscheiden.

Gemeinbearbeiter, protestiert gegen die Verletzung der Verbandsdemokratie. Refusiert geschloffen das Schandangebot des Magistrats ab. Meint die Infolge der beschlossenen Stelle zu erwartende Teuerung muß auch veranlassen, an der ausgesetzten Mindestforderung festzuhalten. Der Beschluß der heute tagenden Funktionäre kann für euch nicht maßgebend sein. Ihr selbst habt über die Neugestaltung eurer Löhne zu entscheiden.

„Barmherzige Brüder“

Gestern vormittag brach ein alter, ausgehungertes Mann vor dem Kloster der „Barmherzigen Brüder“, auf der Klosterstraße, infolge Schwäche, bewußtlos zusammen. Man wollte ihn in das dem Kloster angegliederte Krankenhaus einliefern, was aber von den „Barmherzigen Brüdern“ abgelehnt wurde, mit der Begründung: daß der Mann „nur betrunken“ sei. Eine Viertelstunde blieb so der Zusammengebrochene bewußtlos auf der Straße liegen, bis er von einem Schupo und einem Sanitäter durch Essenzener wieder ins Bewußtsein zurückgerufen wurde, worauf er unser Parteibüro aufsuchte, um den Beweis „Christlicher Nächstenliebe“ durch diese selbstamen „Brüder“ zu schildern.

Eine Zierde des „Christlichen Vereins junger Männer“

Im Christlichen Verein junger Männer sind sie nicht alle so „Christlich“, wie sie sich nennen. Es gibt Leute, die nach außen „Christlich“, sittenfremd und fromm erscheinen, in Wirklichkeit sind sie die übelsten Typen. Ein Beweis:

Bei einer hiesigen Lebensmittel-Firma hatte ein gewisser Eisner bis vor kurzem eine Vertrauensstellung, wofür er ein echt christliches Gehalt von 800 Mark monatlich bezog. Diese Summe reichte aber zur Bestreitung seines Lebensunterhaltes nicht aus. Schließlich entdeckte man, daß dieser Hüter der christlichen Religion im Laufe eines Jahres eine riesige Summe, man spricht von mehreren hunderttausend Mark, in seine Tasche steckte.

Herr Eisner war Mitglied der christlichen Gewerkschaft und Leiter des Vereins junger Männer. Gerade dieser Verein macht in den letzten Wochen unter der Propaganda der verärgerten Propaganda, und versucht, bei den Heimveranstaltungen ihr Gehirn mit religiöser Traktaten zu vernebeln. Die Jungarbeiter aber werden wenig Lust haben, dem Verein des Herrn Eisner beizutreten, sondern sich in den Reihen des kommunistischen Jugendverbandes aufzulösen lassen und den Kampf gegen die Kirche und deren „Reine junger Männer“ organisieren.

Selbstmord. Heute morgen, gegen 3,30 Uhr, hat sich die Ehefrau A. S., Nordstraße 42 wohnhaft, in selbstmörderischer Absicht aus dem 2. Stockwerk in den Nichts gestürzt. Sie war sofort tot.

Eine vollkommen unbekleibete Leiche wurde gestern nachmittag aus der Ober gelandet. Es handelt sich um einen ungefähr fünfzigjährigen Mann.

Zeugen, die auf der Mäntelergasse am Telegraphenamt die Verhaftung eines jungen Arbeiters, in der Nacht vom 17. zum 18. September (vor dem „Hindenburgbesuch“), beobachteten, werden ersucht, ihre Adressen der Redaktion der „Arbeiter-Zeitung“ mitzuteilen.

Mittelschlesien

Sausuchung in Brodau!

Vorgestern durchwühlte die Polizei die Wohnung eines früheren NSD-Kameraden, in dessen Abwesenheit, in rückwärtsloster Weise. Die erwartete Beute machte sie allerdings nicht.

„Reformisten im Bunde mit der NS-Verwaltung“

Wir erhalten folgende Zuschrift: „Es ist unrichtig, daß der zweite Vorsitzende Filly des Einheitsverbandes vom Angestellten BrdH beauftragt wurde, mit der Verwaltung des NSD. Dels in Verbindung zu treten, um auf den für die Opposition kandidierenden Kollegen mit starkem Druck von seiten der Verwaltung einzuwirken, damit er seine Kandidatur zurückziehe. Es ist weiter unrichtig, daß dem betreffenden Kollegen im Beisein des Betriebsratsvorsitzenden Filly von einem Verwaltungsbeamten bedeutet wurde, daß er von wirtschaftlichen Maßnahmen eventuell nicht verschont bleibe, wenn seine Kandidatur nicht zurückgezogen würde, da er sowieso schon auf der schwarzen Liste stünde. Wichtig ist vielmehr, daß der zweite Vorsitzende Filly des Einheitsverbandes dem betreffenden Kollegen erklärt hat, daß eine Kandidatur auf die Liste der Opposition mit der Mitgliedschaft im Einheitsverbande nicht zu vereinbaren sei, und daß daraufhin der betreffende Kollege seine Kandidatur zurückgezogen hat. Bei der Besprechung zwischen Filly und dem betreffenden Kollegen waren dritte Personen nicht zugegen. Paul BrdH. C. Filly.“

Zu dieser Berichtigung bemerken wir, daß laut Pressegesetz Berichtigungen auch veröffentlicht werden müssen, wenn sie unwarhaft sind. Im übrigen wird unser Berichterstatter zu dieser Sache sich noch äußern.

Streifen. Der Arbeiter-Rab. und Kraftfahrer-Bund veranstaltet am 7. Juli im Hufschneid bei Minkler sein biessjähriges Bezirks-Sportfest, bestehend in Umzug, Gartenkonzert mit Volksbelustigungen, sportliche Darbietungen im Saal, u. a. Kunstführergruppe. Geschwister Mutter-Breslau; ab 10 Uhr Großer Kaffeebräu. Freunde und Gönner sind eingeladen. (Siehe Anf.)

In ihrer gestrigen Ausgabe nimmt die „Vollmacht“ endlich zu dem brutalen Polizeiberfall auf das Obdachlosenstahl — über den wir am Sonnabend berichteten — Stellung. Es hat lange, sehr lange, gedauert, bis sie die Worte fand, die sie gestern, wenig überzeugend, halb hundert Zeilen lang, dahinstotter. Frech wie Ostarrichter das Berufsorgan der Polizeiamt-Blatt die von uns gegebene Darstellung des Vorfalles ab, um einige Zeilen später unfreiwillig zugeben zu müssen, daß es doch so war, wie wir schrieben.

Die „Vollmacht“ fragt scheinlich gegenüber unseren Angaben: „Was hatte sich nun in Wirklichkeit zugetragen?“ Und dann fängt das Schwindeln an. Da wird von ausgebreiteten Glasbirnen, ausgehalten Betten und ähnlichem Klamauk berichtet, gerade so, als ob die Obdachlosen keine anderen Sorgen hätten. Dabei haben wir uns von einer Abordnung der Insassen des Asyls ausdrücklich bestätigen lassen, daß diese Behauptungen nicht den Tatsachen entsprechen, sondern das „Vergehen“ in einer Auseinandersetzung eines Obdachlosen über die Anwesenheit einer Frau im Männerauskleideraum bestand. Aber ungeachtet des angeblichen oder tatsächlichen Ausweisungsgrundes

ist es überhaupt ein Skandal, daß die obdachlosen Familienmütter (die doch bekanntlich jeden Monat ihre Miete bezahlen) wie Buchstaben in der Luft behandelt und „Krautwege“ in „Arrest“ nach der Wandererherberge, Schubbrücke, geschickt werden.

Bezeichnend für den Polizeiknäppelgeist der Helben von der Flurstraße ist die „Begründung“, die sie für das Eingreifen des Ueberfallkommandos geben. Angeblich sollen die Asylbeamten bedroht worden sein. Kein Wort davon ist wahr. Warum sagt die „Vollmacht“ nichts dazu, daß doch während der ganzen Auseinandersetzung zwei Schupos anwesend waren, die auch nicht den geringsten

Anlaß zum Einschreiten fanden? Warum mußte da das Ueberfallkommando angeläutet werden?

Hierin liegt ja die Provokation, und diese haben wir angeprangert.

Und es bleibt dabei, daß für dieselbe die sozialdemokratische Stadträtin J. L. G. K. die Verantwortung trägt. Denn sie hat gegen die schuldigen Asylbeamten nicht nur nichts unternommen, sondern das Anrufen des Kommandos gebilligt (wie das ja auch — offenbar auf ihre Veranlassung — die „Vollmacht“ tut).

Das tollste Stück der zellenschmürenden Polizeiamt-Blatt aber ist wohl die Art, wie sie über die Prügeleien berichtet, die sie als „übertrieben geschildert“ bezeichnen. Das ist echt „Vollmacht“. Wenn auf einen in den Schlafsaal flüchtenden, bereits im Greisenalter stehenden Obdachlosen mit dem Summknäppel eingeschlagen wird, ist das eine harmlose Angelegenheit. Diese Gesellschaft von der Flurstraße hat über die 81 Toten des 1. Mai nur ein höhnisches Grinsen übrig gehabt — und da soll sie sich über die Mißhandlung eines alten Mannes „aufregen“?

Doch im letzten Absatz kommt selbst den „Vollmacht“-Helben ein lichter Augenblick, indem sie über die „Arbeiter-Zeitung“ schreiben: „Denn sie mit ihren heftigen Angriffen bei manchen Bewohnern des Asyls auch Sympathie findet.“

Jawohl, so ist es! Weil wir uns für die im Asyl befindlichen, überall herumgeschubsten Menschen einsetzen, deshalb gehört uns deren Sympathie. Obdachlose Familien von der Magaginstraße! Macht diese Erkenntnis der „Vollmacht“ zur vollen Tatsache, indem ihr dieses Blatt und auch den „Generale“-Zeitungen, die euch „anläßlich des Vorfalles“ die Beschlüßnahmen (wenn auch die letztere nachher scheinlich einen Rückzug antrat) — aus euren dürftigen Wohnungen werft, und die „Arbeiter-Zeitung“ bestell!

Um die Wuwa-Demonstration

Gegenwärtig macht Herr Ernst Zimmer vertretungsweise den lokalen Teil der „Vollmacht“. Er ist als schwerer Cholertiker bei seinen eigenen Genossen bekannt und gefürchtet. Ganz schlimm wird es mit ihm an heißen Tagen, wo sich an ihm die sonst schon schwer feststellbare Grenze zwischen Zurechnungsfähigkeit und Unzurechnungsfähigkeit vollkommen verwischt, und er wilde Tobjuchtsanfalle bekommt.

Die letzten Tage war es nun unglücklicherweise etwas warm, und schon sieht man die Folgen. Eine ganze Zeitungsjahres fast verwendete Herr Zimmer gestern, um die „Arbeiter-Zeitung“ totzuschimpfen. Obwohl es auf Grund der geistigen Verfassung des Herrn Zimmer nicht gerade notwendig erscheint, seinen Erguß mit einer sachlichen Antwort zu erwidern, wollen wir es doch tun, allerdings nur, um unserer und der „Vollmacht“-Leser willen, da wir wissen, daß auch die letzteren gegenwärtig die „Arbeiter-Zeitung“ mit besonderem Interesse verfolgen.

Zimmer überschreibt seinen Artikel „Dumm oder gemein“. Damit will er nicht etwa seine eigene Schmiererei kennzeichnen, sondern diese beiden Schimpfworte gelten der Stellung der kommunistischen Stadtverordneten und der „Arbeiter-Zeitung“ gegenüber der „Wuwa“. Fast glaubt man, Zimmer wäre deren bezahlter Kellamechef — mit einem solchen Eifer setzt sich der Edele für die „große, nationale Tat“ von Grünheide und Umgebung ein.

Wir wollen uns heute im Rahmen einer Polemik mit der „Vollmacht“, nicht mit den Praktiken der „Wuwa“-Zeitungen, auseinandersetzen. Das sei einem besonderen Artikel vorbehalten. Vorläufig wollen wir dazu nur feststellen, daß deren Verhältnis zu uns uns nur in unserer grundsätzlichen Gegnerschaft gegen die „Wuwa“ bestärken konnte.

Nun einiges zu den graufigen Dingen, die uns Zimmer vormirft. Wir können uns die Diskussion mit ihm leicht machen, indem wir feststellen, daß nicht nur die Kommunisten, nicht nur die „Arbeiter-Zeitung“, sondern sogar sozialdemokratische Funktionäre entschiedene Gegner der „Wuwa“ überhaupt, und besonders der „Wuwa“-Demonstration, waren, und noch sind. Wir stellen folgende Tatsachen fest: bei der Abstimmung in der sozialdemokratischen Kommunalfraktion stimmte fast die Hälfte aller Stadtverordneten gegen die „Wuwa“; im Gewerkschaftskartell wurde der Beschluß für die „Wuwa“-Demonstration ebenfalls nur gegen eine beachtliche Minderheit gefaßt; und als neuestes: gestern abend hat eine gut besuchte Buchdrucker-Verammlung auf Antrag eines sozialdemokratischen Kollegen fast einstimmig beschlossen, gegen die Beteiligung der Gewerkschaften an dem „Wuwa“-Kummel zu protestieren. (Siehe besonderen Bericht!)

Herr Zimmer! Sind diese, ihre eigenen Parteigenossen, auch „verantwortungslose Schwadroniere“, „Phrasenfeuer“? Gilt für sie auch der Satz: „Daß solche Dinge (nämlich die Demonstration) das Gegenteil von agitatorischer Wirkung zur Folge haben könnten, bleibt zu entdecken Phantasten übrig, mit denen man nicht streiten soll!“ Sicher! Denn in Ihrem „Wuwa“-Eifer wüsten Sie gegen alles, was am Sonntag nicht nach Grünheide maßfahret. Uns läßt das vollkommen kalt; aber Ihre eigenen Partei-

genossen sollten sich wohl Ihre Pöbeleien kaum ruhig gefallen lassen.

Wir wollen der „Vollmacht“ nicht zuviel Ehre antun, und deshalb unsere Polemik möglichst kurz fassen. Herr Zimmer möge zum Schluß gestatten, daß wir ihm schon heute mitteilen, daß noch weitere Beschlüsse gegen die „Wuwa“-Demonstration aus Gewerkschaften und Sportorganisationen kommen werden.

Die Arbeitererschaft demonstriert für Kampfsiele; proletarische Aufmärsche sind Angelegenheiten des Klassenkampfes. Die Bongen aller Schattierungen sollen ruhig ihren Kommerspoltergang nach Grünheide machen. Die Arbeiter dürfen sich daran nicht beteiligen!

Eine Protestentschließung der Buchdrucker

Gestern abend fand im kleinen Saale des Breslauer Gewerkschaftshauses eine Versammlung des Ortsvereins Breslau im Verbande der Deutschen Buchdrucker statt; der Saal war bis zum letzten Platz gefüllt. Ein eingangs der Versammlung eingebrachter Antrag auf Unterstufung der ausgesprochenen Textilarbeiter durch Ueberweisung von Mitteln an die NSD. wurde am Schluß dahin erledigt, daß der Verband „im Roffalle“ (!) zu einer Unterstützung von Gewerkschaft zu Gewerkschaft bereit sei. Unter Punkt 2 entspann sich eine längere, erregte Diskussion über ein vom Gauvorsitz herausgegebenes Rundschreiben, die fast den ganzen Abend füllte. Dieses Vorgehen des Gauvorsitzes zeigte klar und deutlich, mit welchen Mitteln die Gewerkschaftsführer einen Kampf der Personen untereinander führen. Die Versammlung sah darin eine verbandsschädigende Handlung, und wurde von mehreren, auch sozialdemokratischen, Rednern betont, daß, wenn sich die „bösen Kommunisten“ nur einen Teil davon zuschulden kommen ließen, sie sofort ausgeschlossen würden. Anschließend wurden die Voten für die Neuwahl von Gauvorstand aufgestellt, da der alte Gauvorstand keinerlei Vertrauen bei den Mitgliedern besitzt.

Dann kam die „Wuwa“ zur Sprache und führten die Redner aus, daß sie in dem Aussehen dieser Ausstellung nicht den Weg sähen, die nur auf der arbeitenden Bevölkerung lastende Wohnungsnot zu beheben. Besonders verurteilt wurde die Aufforderung des Ortsausschusses Breslau des NSD., die Massen der Gewerkschaften in den Dienst dieser Ausstellung zu stellen, um deren Miete zu vermindern.

Eine von einem sozialdemokratischen Kollegen eingetragene, diesen Gedanken Ausdruck gebende Entschließung wurde fast einstimmig von der Versammlung angenommen und soll an das Gewerkschaftskartell weitergeleitet werden. — Ein Antrag, den von der Tagesordnung abgelesen, „Bericht über den Verbandstag“ als alleinigen Tagesordnungspunkt in einer noch im Laufe dieses Monats stattfindenden Versammlung zu erledigen, wurde dahingehend abgelehnt, daß dies in einer am 1. September stattfindenden außerordentlichen Generalversammlung geschehen solle. (Ausführlicher Bericht über die Versammlung folgt.)

Wohin ruft die Pflicht?

Arbeiter, Arbeiterinnen vom Ohlauer Tor!

kommt am Freitag, 20 Uhr, in das Lokal A. Sondria, Adnigräger Str. 10, zum öffentlichen Diskussionsabend. Auf der Tagesordnung steht die Verhinderung vom 12. Parteitag der NSD. im Vergleich zu den Ergebnissen des Magdeburger Parteitages der NSD. Der rote Wedding oder Magdeburg? Entschleibet selbst!

Stadtteil Nord! Großes Gartenkonzert

mit Belustigungen im „Eisell“, Oswig, unter Mitwirkung der Musikvereinigungen „Harmonie“, am Sonntag, 7. Juli. Frühkonzert von 6-9 Uhr und nachmittags von 15-22 Uhr. Alle Arbeiter, insbesondere unsere Leser, sind eingeladen.

Kombinierte Mitgliederversammlung im Stadtteil Süd Freitag 20 Uhr bei Funke, Zobenstraße. Eingeladen sind alle Mitglieder der Partei, der roten Hilfe, der NSD. und des NSWB.

Achtung, Jugendliche vom Osten!

Alle jungen Arbeiter und Arbeiterinnen werden für heute 20 Uhr ins Bebiy-Schloß, Weßhufstraße 10, zur Gründungsveranstaltung der Gruppe Ost des kommunistischen Jugendverbandes eingeladen.

Funktionärskonferenz von Orsch-Breslau

Donnerstag 20 Uhr im „Bergeller“ Pienischaustraße

Sonntag Unterbezirkskonferenzen

Für den Unterbezirk Grünberg in Grünberg, „Luisenthal“. Beginn vormittags 9 Uhr. Für den Unterbezirk Riesengebirge in Landeahut, Gasthaus „Zur Sonne“. Beginn vormittags 9 Uhr.

Versammlungskalender

Parteiveranstaltungen
Breslau
— Stadtteil Zentrum: Freitag, um 20 Uhr, Mittalbeerbearbeitung bei Ernst, Malergasse 26. Thema: Taktik und der Weg unserer Partei.
— Stadtteil Süd: Sonntag, 20 Uhr, Mittalbeerbearbeitung in „Stadt-Breslau“.
— Mittalbeerbearbeitung. Vertreter der NSD. anwesend.
Kommunistischer Jugendverband
Breslau
— Gruppe Ost: Freitag, 20 Uhr, Gründungsveranstaltung im „Bebiy-Schloß“, Weßhufstraße.
Mutter-Frauen- und Mädchenbund
Breslau
— Sonntag, 10 Uhr, Auftreten zur Hauspropaganda, Anderseitsstr. 1. Auch Schenkung beteiligt ist daran.
Sonstige Organisationen
Breslau
— Internationaler Bund der Kriegsober: Heute Mitgliederversammlung, Uffschützstraße 21.
— Freitag, Erwerbslosenversammlung. Referent Schilla wird um 19 Uhr abgeholt.
Waldenburg-Altwaßer. Rote Hilfe. Sonntagabend im „Eisernen Kreuz“.
— Mitgliederbeirat: „Die Berliner Wollwäpfe“.

Waldenburger Bergland

Arbeiterkorrespondenten

Best mit zum 1. August rücken!
Berichte über Kriegserlebnisse!
Schildert die Meinung eurer Arbeitskollegen!
Mittelt durch eure Berichterstattung die Betriebsbedingungen auf!
Krieg dem imperialistischen Kriege!

Drei tödliche Grubenunfälle an einem Tage

Auf der Melchiorgrube wurde der Bauer Heiman von einem Kohlenkumpel so getroffen, daß er schwere innere Verletzungen erlitt, an deren Folgen er im Anaphtischlazarett verstarb. Zwei weitere tödliche Grubenunfälle ereigneten sich im Tiefbauschacht. Auf einer Seilbahn geriet der Bauer Michael zwischen zwei Wagen. Er wurde dabei so schwer getroffen, daß er an den erlittenen schweren Verletzungen noch auf dem Transport ins Lazarett verstarb. Gleichzeitig verunglückte auch der Bauer Kubitschke. Er war mit dem Andan eines Holzes beschäftigt, als plötzlich Kohlenmassen hereinbrachen und Kubitschke verschütteten. Der Bauer erlitt eine schwere Kopfverletzung und starb bald nach der Einlieferung ins Anaphtischlazarett.

A. R. Auf der Segen-Gottes-Grube verunglückte im Untertagebetriebe in der 22. Abteilung der Bauer Weder. Er war an einer Kohlenruthe beschäftigt. Als Weder in der Transportruthe saß, lösten sich plötzlich hängen gebliebene Kohlen und verletzten ihn schwer. Weder mußte sofort die Arbeitsstelle verlassen.

Selbstmord

Ein Selbstmord verübte im Tiefbauschacht der Bauer Siegel aus Waldenburg. Er wurde mit abgeköpfenem Kopf aufgefunden. Siegel benutzte zur Ausführung des Selbstmordes eine Sprengpatrone, die er sich in den Mund steckte und dann zur Entzündung brachte.

Freiburg

Sympathieerklärung für die SPD-Deputierten in Hamburg

In Zirlau bei Freiburg fand eine öffentliche Volksversammlung statt, in der Genosse Müller-Zirlau einen Vortrag: „Das seefahrende Proletariat und seine politische Entwicklung“ hielt. Die Versammlung faßte eine Entschliessung, in der es u. a. heißt: „Die Versammlung gelobt, alle Elemente, welche aus Abenteuerlust oder aus Unwissenheit den Agenten des Reederkapitals in die Arme fallen, durch solche Aufklärungsarbeit über die Seefahrt fernzuhalten. Die Seeleute sind dazu berufen, die Internationalität der Weltproletariat zu fördern.“

Den 25 SPD-Abgeordneten der Hamburger Bürgerchaft, welchen

die Immunität für ihr revolutionäres Verhalten genommen ist, spricht die Versammlung ihre warmste Sympathie aus.
Berachtung dem sozialistischen Polizeipräsidenten Schönfelder

Striegau

Wahrung, Parteigenossen! Sonnabend 20 Uhr in „Stadt Breslau“ Mitgliederversammlung.

Statberatungen in Landeshut

Sozialdemokratisch-bürgerliche Einheitsfront gegen die Interessen der Werttätigen

Die letzte Sitzung des Landeshuter Parlaments hatte folgenden Verlauf: Gleich bei Beratung der Wahl eines Bezirksvorstehers für den X. Bezirk und dessen Stellvertreter zeigte sich so recht das Doppelgesicht der in der Verfassung angeblich verankerten „Gleichberechtigung aller Deutschen“. Dieser Bezirk, umfassend die Roonstraße, Perlestraße, Bleichstraße, Leppersdorfer Straße, ist ein ausgesprochenes Arbeiterviertel. Die Bürgerlichen schlugen für dieses Amt Leute vor, welche durch ihre wirtschaftliche Abhängigkeit von dem Großindustriellen und Scharfmacher Dr. Frahnke keine Gewähr bieten, daß die Wohlfahrtspflege den wirklichen Erfordernissen entsprechend ausgebaut wird. Unser Vorschlag wurde abgelehnt, weil der vorgelegene Genosse Freudenker (!) ist. Arbeiter! So wirt sich die Verfassung in der Praxis aus, die am 11. August von den Sozialdemokraten mit großem Tamtam gefeiert werden soll. Gewählt wurden mit den Stimmen der Bürgerlichen der Buchhalter Groher von den Schleifischen Textilverken und mit allen Stimmen der kriegsbeschädigte Feinwächter.

Die Beratung des Etats 1929 zeigte so recht die arbeitfeindliche Stellung der Rechten bis zu den Sozialdemokraten. So lag ein Antrag unserer Fraktion zur Baubewertung vor, worin vom Magistrat die Inangriffnahme folgender dringlicher Arbeiten gefordert wird:

Pflasterung der Schöninger Straße und Ziederstraße bis Beuchelstraße und der Beuchelstraße. Pflasterung der Schleifhausstraße bis zum Grundstück Nr. 16. Herstellung der Bürgersteige der Schleifhausstraße mit Plattenbelag. Herstellung eines lefteren Seitenwegs von der Krollbrücke bis zur Perlestraße.

Zum Titel Wohlfahrtsverwaltung lagen von unserer Fraktion folgende Anträge vor:

1. Der Betrag für laufende Armenunterstützungen wird von 15 200 RM. auf 25 000 RM. erhöht.
2. Der Betrag für außerordentliche Unterstützungen und Bekleidung wird auf 10 000 RM. erhöht.

Gegen diese notwendigen und durchführbaren Anträge stimmten neben den Bürgerlichen auch die Sozialdemokraten.

Ein besonderes Glanzstück beim Kapitel Hospitalverwaltung leistete sich der Deputierter, Herr Johann Hornig. Dieser Herr wettete bei der vorjährigen Statberatung gegen die von uns beantragte und auch durchgeführte Erhöhung des monatlichen Taschengeldes der Hospitaliten von 1 RM. auf 2 RM. An seiner Einstellung lag es, daß die Durchführung des Beschlusses wochenlang verzögert wurde und die Auszahlung verspätet und unregelmäßig erfolgt. Herr Hornig weiß scheinbar nicht, daß die Hospitaliten von ihrem Taschengeld sich selbst Seife, Schuhcreme, Schnürsenkel, Zwirn,

Waheln, Kämme, Tabak u. a. kaufen müssen? Weiß Herr Hornig, daß gute Butter bei den Hospitaliten unbesolamt ist? Herr Hornig und die bürgerliche Fraktion erinnern sich immer erst der Armen, wenn es gilt, Stimmvieh zu werben.

Bei der Betrachtung der Etats der Volksschulverwaltung, der Oberrealschulverwaltung und der Mädchen-Mittelschulverwaltung zeigte sich so recht das Gesicht dieses Klassenhaates. In den Volksschulen der Stadt werden 1455 Kinder unterrichtet, in der Oberrealschule 187 Schüler und in der Mädchen-Mittelschule 105 Schülerinnen.

Die Ausgaben pro Schüler im Jahre 1929 betragen:

für den Volksschüler	165,25 RM.
für den Realschüler	693,50 RM.
für die mittlere Schülerin	534,69 RM.

Nach Abzug der staatlichen Zuwendungen, Schulgeldern u. a. Einnahmen muß die Stadt einen Zuschuß leisten

für den einzelnen Volksschüler	55,40 RM.
für den einzelnen Realschüler	308,46 RM.
für die einzelne Mittelschülerin	225,88 RM.

Mit Rücksicht auf diese halb sechsfache Belastung für die Kinder der bessergestellten Einwohner war unser Antrag:

„Kinder von Eltern mit einem Jahreseinkommen unter 2000 RM. erhalten auf Antrag Lehr- und Lernmittel unentgeltlich geliefert.“

nur zu berechtigt. Es bleibt der Sozialdemokratie vorbehalten, ihn als Agitationsantrag zu bewerten.

Zum Räumerei-Stat brachte unsere Fraktion folgende Anträge ein:

1. „Zum Baden im städtischen Schwimmbad werden Jahreskarten auszugeben. Der Preis beträgt 3,00 RM. für Erwachsene, 2,00 RM. für Jugendliche unter 21 Jahren. Erwerbsslose haben zweimal in der Woche gegen Vorzeigung der Kontrollkarte des Arbeitsamtes bzw. des Wohlfahrtsamtes freien Eintritt.“
2. „Für die Sozial- und Kleinrentner, Wohlfahrtsempfänger, Arbeitslose, Kriegsunterstützte, Familien mit mehr als drei Kindern bei einem Jahresverdienst unter 2000 RM. wird der Gaspreis auf 11 Pf. je Kubikmeter festgesetzt.“

Auch diese Anträge wurden mit den Stimmen der Bürgerlichen und Sozialdemokraten abgelehnt, dafür aber bei Festsetzung der Steuern eine weitere Belastung der Mieter durch Erhöhung der Grundvermögenssteuer mit den Stimmen der Bürgerlichen nach den Vorschlägen der Handelskammer beschlossen.

Arbeiter! Rechnet ab mit allen denen, welche bei jeder Gelegenheit eure Interessen mit Füßen treten!

Sammelkasse
während des Umbaus
im I. Stock (Putzabteilung)

Steingut

- | | |
|--|------|
| Schnittbretter
länglich | 25 |
| Salatschüssel
bunt, ca. 23 cm | 48 |
| Nachtgeschirr
crème | 48 |
| Butterdose
viereckig, mit Deckel | 48 |
| Milchtopf, 1 Ltr.
weiß | 48 |
| Butterkühler
rot Ton, ca. 1/2 Pfd. | 75 |
| Milch- oder Bierkrug
ca. 1 1/2 Ltr. Inhalt, gelb | 78 |
| 6 Speiseteller m. blauem Rand
tief oder flach | 95 |
| Salatschüsseln, 6 verschiedene
Größen, weiß Satz | 95 |
| Waschschüssel- oder Krug
crème | 95 |
| 6 Gemüseschalen mit verschiedenen
Aufschriften | 2 95 |
| Waschgerätschaft, 5 teilig
gemauert | 4 95 |
| 3 Kaffeebecher, Porz., Rosendekor,
bauchig od. gerade, 65 | 48 |
| Speiseteller, Porzellan, m. Goldrand,
tief oder flach | 48 |
| 2 Tassen, Porzellan, m. Rosendekor | 78 |
| Kaffeekanne, Porzellan, bunt,
für ca. 6 Tassen | 80 |
| 4 Tassen mit Goldrand oder bunt | 95 |
| Kuchenteller, Porz., m. Rosendekor,
ca. 26 cm Durchmesser | 95 |
| Kaffeeservice, Porzellan, bunt,
für 6 Personen, 9teilig | 3 45 |

Wieder der große Geschirrmarkt

Hervorragend günstige Gelegenheit zur Beschaffung von Bedarfsartikeln für Haus u. Küche!

1 Waggon weißes Porzellan

- mit kleinem Fehler.
- Selten günstige Kaufgelegenheit!
- | | |
|---|------------|
| Mittelteller mit gebogtem Rand | 30 |
| Salatschüsseln, viereckig, mit gebogtem Rand
Drehm. ca. 27 23 20 18 13 cm
1.25 95 58 38 | 30 |
| Speiseteller, gebogter Rand, tief | 38 |
| Speiseteller, flach | 32 |
| Bollgeschalen länglich | 38 |
| Ovale Bratenplatten mit gebogtem Rand
32 30 28 25 22 cm
1.35 1.15 95 75 | 50 |
| Sauciers mit gebogtem Rand
Inh. 0.50 0.40 0.25 0.20 Ltr.
1.25 1.10 95 | 68 |
| Kaffeekanne groß | 85 |
| 6 Tassen mit Untertassen | 95 |
| Kartoffeltopf mit Deckel | 1 40, 1 25 |
| Terrinen mit Deckel, oval | 2 95, 1 95 |

Glas!

- | | |
|--|--------|
| Kompotteller gepreßt | 8 |
| Wasserglas gepreßt, stark | 8 |
| Teebecher gailochiert oder glatt | 18, 10 |
| Citronenpresse | 15 |
| Kompotschüsseln, gepreßt
ca. 24 22 19 16 13 cm
95 75 48 25 | 15 |
| Bierbecher mit Ringelkante od. Goldrand | 18 |
| Wein- oder Likörglas glatt | 25 |
| Römer oder Likör-Römer mit grünem Stiel | 25 |
| Zuckerschale gepreßt | 25 |
| Käseglöcke gepreßt | 48 |
| Kellerrömer mit gedrehtem grünem Fuß | 65, 48 |
| Wasserschale ca. 1 1/2 Ltr. Inhalt | 68 |
| Wasserkübel ca. 1 1/2 Ltr. Inhalt | 95, 75 |
| Früchtflasche „Perfect“ mit Patentverschluß, 1 Liter | 95 |

1 Waggon Emaille!

- Außergewöhnlich preiswert!
- | | |
|---|------------|
| Kasserolle mit Stiel | 48, 38, 30 |
| Runde Schüsseln weiß | 95, 85, 48 |
| Nachtgeschirr, weiß, 20 cm | 48 |
| Maschinenöpfe, neublau od. braun
20 18 16 14 12 10 cm
1.35 1.- 90 80 65 | 48 |
| Schmortöpfe, neublau oder braun
22 20 18 16 14 cm
1.45 1.20 1.- 80 | 65 |
| Elmer, 28 cm, sort. Farben oder grau | 95, 75 |
| Taschenkübel, oval, II. Wahl | 1 95, 85 |
| Wasserkannen, sort. Größen und Farben, II. Wahl | 95 |
| Spülwanne ca. 36 cm, grau | 95 |
| Milchkübel m. Henk. und Biegel, 3 Ltr. | 1 95 |
| Waschbecken mit Napf, weiß | 1 95 |
| Ovale Wannen neublau oder braun | 3 95, 2 95 |

Trotz Umbaus ungestörter Verkauf in allen Abteilungen

Wirtschaftsartikel!

- | | |
|--|------|
| 6 Alum.-Eßlöfel 48, od. 6 Alum.-Eßlöfel | 25 |
| Gemüse- od. Gurkenhobel Weißblech | 25 |
| Kartoffeldrücker verzinkt | 25 |
| Kleiderbügel mit Hosenstrecker | 35 |
| Springform, Weißblech
30 28 26 24 cm
1.- 85 65 | 48 |
| 3 Alpaka-Eßlöfel 95, od. 3 Alpaka-Eßlöfel | 48 |
| Brotbacker mit Kokosholbacken, gutes Solinger Fabrikat | 48 |
| Schoren in allen Größen zum Aussuchen | 48 |
| Waschseifenger Aluminium | 48 |
| Isolierflasche 1/2 Liter | 78 |
| Fruchtpresse gut verzinkt | 95 |
| Aermoplastbrot bezogen | 95 |
| Sahnenschläger mit Glasbehälter | 98 |
| Puddingform Weißblech, 18 cm | 98 |
| Aluminium-Schmortopf 18 cm | 98 |
| Brotbüchsen, oval oder rund, schön lackiert | 1 95 |
| Bohnenschneidemaschine | 1 95 |
| Ballon-Spirituskocher mit Messingbehälter | 2 95 |
| Aluminium-Wasserkessel 20 cm | 2 95 |

- | | |
|---|----|
| Toilettenseife, Fled., Rose u. Lav., gr. St. ca. 120 g. St. | 20 |
| Sade-Seife, extra gr. Stücke ca. 240 g. St. 42 & 175 g. St. | 28 |
| Oberschal-Seife großer Ringel ca. 600 g. | 45 |
| Reine Kernseife 2 große Blöcke | 45 |

BARASCH

- | | |
|---|----|
| Butterbrotpapier fetticht, geölt 100 Blatt | 24 |
| Teeservietten weiß Krepppapier, gezeichnet, 100 Stück | 25 |
| Kreppstoffpapier 3 große Rollen | 42 |
| Papier-Servietten mit rot- und farb. Rändern, 100 St. | 95 |

In allen Abteilungen unseres Hauses nie wiederkehrende Vorteile während unseres Sommer-Räumungs-Verkaufes

Gleiwitz

Für die Kirche reicht es

A. R. Systematische Herabsetzung der Reallohnne der Arbeiter, Mangel an Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot, das sind die prägnantesten Kennzeichen der fallenden bürgerlichen Gesellschaftsordnung. Aber — nicht alle werden davon betroffen. In Zernitz wird beispielsweise für eine neuerrichtete Pfarrei der Betreibende des früheren Vormerks als Wohnhaus für den neuen Pfaffen umgebaut, nachdem schon vorher die frühere Gemeindevertretung, hauptsächlich aus Zentrumleuten bestehend, ebenfalls zur Rücknahme dieses neuen Selenhirns, 40 Morgen Gemeinland, das der ärmeren Bevölkerung von Zernitz zur Verfügung stehen sollte, dem Kirchenbauverein, also dem Pfaffen, übereignet hat. Als der damalige kommunistische Gemeindevertreter diesen Speicher als Wohnhaus umgebaut haben wollte, da galt das Gebäude als haufällig. Heute macht man eine Villa daraus. Während in Gleiwitz Tausende von Wohnungslosen schon jahrelang auf die Zuteilung einer Wohnung warten, werden hier eine Person auf Kosten der Allgemeinheit fünfzehn Zimmer mit allem Komfort ausgestattet zur Verfügung gestellt. Zernitzer Arbeiter — Augen auf. Duldet nicht, daß man euch zuerst bestiehlt und dann noch eure Hirne vernebelt.

Die Arbeitsmarktlage in Oberschlesien

Für die Zeit vom 24. bis 28. Juni 1929 gibt die Zweigstelle Oberschlesien des Bundesarbeitsamtes Schlesia folgende Ziffern an: Arbeitslose: 23 558 (in der Vormoche 24 682, im Vorjahre 17 198); Hauptunterstützungsempfänger: in der Arbeitslosenversicherung 13 435 (14 441 — 8865), in der Kranksfürsorge 2563 (2603 — 1606); offene Stellen: 700 (697 — 733); Vermittelungen 2615 (2212 — 1649). Die Arbeitsmarktlage stand infolge des verhältnismäßig starken Zuganges von Arbeitslosen weiter im Zeichen einer nur mäßigen Entlastung. Die Arbeitslosenliste hat trotz der höheren Vermittlungszahlen gegenüber der Vormoche nur im geringen Maße abgenommen. Betriebsbeschränkungen (Kurzarbeit und Entlassungen von Arbeitskräften) belasteten den Arbeitsmarkt, der durch den herrschenden Lohnkampf ohnehin schon beunruhigt wird. Bei Notstandsarbeiten werden zurzeit 4386 Personen beschäftigt. Die Zahl der infolge Ablaufs der Höchstunterstützungsdauer in der Arbeitslosenversicherung ausgesteuerten Personen, welche dem Wohlfahrtsamt zur weiteren Betreuung überwiesen wurden, betrug 160.

Schutz der Pflegekinder

Es ist noch vielfach unbekannt, welche Bedingungen bei Annahme eines Pflegekindes zu erfüllen sind. Das Gleiwitzer Jugendamt beim Magistrat hat deshalb zur allgemeinen Information in kurzer Form eine Zusammenstellung über die wichtigsten Vorschriften gemacht, aus denen zu entnehmen ist, was besonders beachtet werden muß. Danach heißt es, daß derjenige, der ein Pflegekind aufnimmt, dazu der vorherigen Erlaubnis des Jugendamtes bedarf. Wer mit einem Kinde in den Bezirk eines Jugendamtes auszieht, hat die Erlaubnis zur Fortsetzung der Pflege unverzüglich einzuholen. Steht von vornherein fest, daß ein Kind unentgeltlich oder nicht gewerbmäßig in vorübergehender Verwahrung genommen wird, so genügt die Anmeldung beim Jugendamt (vgl. § 20 des Jugendwohlfahrtsgesetzes). Wer den erlassenen Vorschriften entgegenhandelt, wird mit einer Geldstrafe bis zu 100 Mark oder mit einer Haft- oder mit Gefängnisstrafe bis zu drei Monaten bestraft. Anträge auf Erteilung der Erlaubnis sind im Büro des Jugendamtes, Karlstraße 14, mündlich oder auch schriftlich zu stellen. Die Pflegemütter haben diese Vorschriften zu beachten, wenn sie nicht bestraft werden wollen.

Auf der Straße überfallen

Am Mittwochnachmittag wurde der Invalide Thomas Dgiermann aus Beuthen auf der hiesigen Wilhelmstraße, Ecke Neudorfer Straße, von dem Kaufmann Egon Propppe aus Gleiwitz in schwerverletztem Zustande ausgefunden und der Sanitätswache am Bahnhof zugeführt. D. gab an, daß ihm im Stadipark von unbekannten Tätern 40 RM. gestohlen worden seien und er die im Rücken befindlichen Dolchstücke von diesen Tätern erhalten habe. Der hiesige Arzt ordnete die Überführung des D. in das städtische Krankenhaus an. Kurze Zeit darauf wurde auf der hiesigen Hofstraße ein Mann festgenommen und in das Polizeigefängnis eingeliefert, der der Tat dringend verdächtig ist. Seine Hände wiesen starke Blutspuren auf.

Fundstücken in den städtischen Autobussen

In der Zeit vom 1. bis 30. 6. 1929 sind in den städtischen Autobussen folgende Sachen gefunden worden: 1. Geldbörse, 1 Herrenhut, 5 Regenhirne, 1 Mütze, 2 schwarze Kappen, 1 Geldbörse mit Inhalt, 1 Markttasche, 1 Schachtel Konfekt, 3 Paar Handschuhe, 1 Schlüssel, 3 Handtäschchen mit Inhalt, 1 Fahrscheine, 1 Päckchen Prekatabal, 3 Fingerhandschuhchen, 1 Aktentasche, 1 Geldbetrag. Die Sachen können im städtischen Betriebsamt, Schwendstraße 3, in den Dienststunden abgeholt werden.

Hindenburg

Immer neue Kommunistenprozesse werden vorbereitet

Immer systematischer wird vom kapitalistischen Machtapparat der Müller-Hindenburg-Republik der Vernichtungsfeldzug gegen die KPD. geführt. Auch hier in Oberschlesien wird eine ganze Reihe Kommunistenprozesse vorbereitet. Nachdem wir erst kürzlich Verfahren gegen die Genossen Girndt-Oppeln und Drymalla-Beuthen mitteilen konnten, ist jetzt gegen den Jugendgenossen Leppi-Hindenburg ebenfalls ein politisches Verfahren eingeleitet. Bei der Vernehmung vor der I.A.-Polizei wurde ihm zur Last gelegt, daß er in der Protestkundgebung gegen das KPD-Verbot in Beuthen die Schupo aufgefordert haben soll, Schluß zu machen mit der bestehenden Gesellschaftsordnung und sich in die rote Massenfront einzureihen. Genosse Leppi hat natürlich nicht diese Worte gesagt, obwohl es nach unserer Ansicht lächerlich wäre, diese Worte als Staatsverbrechen zu markieren. Die Arbeiterchaft kann daraus ersehen, mit welchen Argumenten Kommunisten für die Massenjustiz reif gemacht werden. Den schärfsten Protest müssen die Arbeiter dagegen erheben. Erhöhte revolutionäre Arbeit, verstärkter Eintritt in die kommunistische Partei, das muß die Antwort auf die Fabrikation von Kommunistenprozessen sein.

Beuthen

Leichenfund

Am 3. Juli ist in dem Teiche an dem Bahnhof Karf eine weibliche Leiche angeschwemmt worden. Sie war bekleidet mit graubraunem Mantel, blauem Kleid, rosa Strümpfen und abgetragenen schwarzen Sandalen. In der linken Manteltasche wurden in einem

blauen Umschlag nachstehende Ausweispapiere gefunden: 1. eine polnische Verkehrskarte Nr. 74, lautend auf den Namen Waleka Waier, geboren am 5. Mai 1912 zu Lipine. 2. eine Anmeldebekanntmachung vom 2. Revier Beuthen auf denselben Namen. Nach dieser Bescheinigung war die W. zuletzt in Beuthen, Hohenzollernstraße 21, bei Ullmann wohnhaft. 3. eine Steuerbescheinigung des Steueramtes Schwentochlowitz. 4. eine Aufenthaltbescheinigung vom Gemeindevorstand Lipine. Kriminalpolizei war zugegen. Der hiesige Arzt konnte an Ort und Stelle nicht feststellen, ob ein Selbstmord vorliegt und ordnete deshalb die Überführung nach der Leichenschau des städtischen Krankenhauses an. — Schon am Sonnabend, dem 20. Juni, wurde in dem Teich eine blaue Mäntelkappe gefunden. Am Ufer lagen ein Bund Schlüssel und eine Nadelnadel. Die damaligen Durchsuchungen des Teiches führten zu keinem Ergebnis.

Ratibor

Erwerbslose demonstrieren um Arbeit

A. R. Am Mittwoch fand am Holzplatz eine Erwerbslosenversammlung, einberufen von der Erwerbslosenvertretung, statt. Dieselbe wurde von dem Kollegen Borkel mit der Tagesordnung: „Die wirtschaftliche Lage und die Erwerbslosen“ eröffnet. Zum angeführten Thema sprach der Genosse König. Ausgehend von der Tatsache, daß die Massenarbeitslosigkeit auch in den beginnenden Sommermonaten nur im geringfügigen Umfang zurückgegangen ist und, wie in den Wintermonaten vorausgesetzt, eine Dauerarbeitslosigkeit darstellt, ist es Aufgabe der arbeitslosen Massen, gegen die geplanten Verschlechterungen des Arbeitslosenversicherungsgesetzes respektive den Abbau der Fürsorge durch die Koalitionsregierung zu kämpfen. Auf der gesamten Linie versucht die Regierung durch Zoll- und Steueränderungen die Lage der breiten Massen zu verschlechtern. In derselben Linie liegt auch der beabsichtigte Abbau der vorhandenen Arbeitslosenversicherung, die schon jetzt Hunderttausende durch die

Bergarbeiter heraus!

Der Betrug an den Bergarbeitern

darf nicht einfach hingenommen werden. Mit dem Thema: „Warum der Betrug, und was müssen die Bergarbeiter darauf antworten?“

Inden am Sonntag, dem 7. Juli,

um 10 Uhr in Zabrze, Lokal Grünberger,
um 10 Uhr in Gleiwitz, Lokal Heilmann, Preiswiger Str.,
um 16 Uhr in Rokittnik auf dem Marktplatz

Öffentliche Bergarbeiterversammlungen

haben. Kameraden von Oberschlesien sowie der kommunistische Landtagsabgeordnete und Bergarbeiter Sobotta aus dem Ruhrgebiet werden sprechen. Bergarbeiter, erscheint reiflos zu den Versammlungen!

Saisonarbeiterfürsorge von dem Genuß der Unterstützung ausschaltet. Durch Beschränkung bzw. Herausnahme der Saisonarbeiter, Jugendlichen, Invaliden und Hausfrauen aus dem Kreise der Versicherten und sonstiger Verschlechterungen wird der kapitalistische Staat versuchen, die sogenannten sozialen Lasten einzusparen. Auf der anderen Seite wirft man Hunderte von Millionen für Früstenabfindung, Panzerkreuzerbau, Konkordat und Subventionen an die Industrie aus dem Steuersack des Staates hinaus. Mit einem Appell an die Arbeitslosen, sich fester denn je zusammenzuschließen mit der Forderung „Arbeit oder ausreichende Fürsorge für alle Erwerbslosen“ beendete der Referent seine Ausführungen. Aus der Mitte der Versammlung wurde der Antrag gestellt, eine Demonstration zu veranstalten und eine Kommission zu wählen, die mit dem Magistrat über die Forderung der Beschaffung von Arbeit verhandelt. Diesem Antrage wurde einstimmig stattgegeben. Mit dem Ruf: „Wir fordern Arbeit und Brot“ bewegte sich die Demonstration nach dem Rathaus. Die Kommission teilte nach gepflogener Verhandlung mit, daß durch den zuständigen Dezentern zugesichert wurde, baldigt mit größeren Notstandsarbeiten zu beginnen. Nach Bekanntgabe weiterer Mitteilungen wurde die Demonstration aufgelöst.

Cosel

Eine neue Ortsgruppe der KPD.

Am Sonnabend hatten sich die Arbeiter von Reinsdorf zu einer öffentlichen Versammlung zusammengelassen. Genosse Tunkel referierte über die wirtschaftliche sowie politische Lage. In der Diskussion bekundeten sich die Redner zur revolutionären kommunistischen Partei. Am Schluß der Versammlung konnten mehrere Aufnahmen für die KPD. gemacht und dieselbst eine Ortsgruppe der kommunistischen Partei gegründet werden. Arbeiter, macht es überall so. Das soll die erste Antwort auf die immer schärfere Verfolgung der revolutionären Arbeiterbewegung sein.

Auf nach Deschowitz

Wie alle Jahre, so veranstaltet auch dieses Jahr die Ortsgruppe Cosel der KPD. am 7. Juli einen Ausflug zum Genossen Wolf nach Deschowitz. Die Abfahrt mit Wagen erfolgt um 12 Uhr mittags. In Deschowitz selbst findet ein Umzug statt. Nach diesem gemüthlichen Beisammensein im Lokal des Genossen Wolf. Die Ortsgruppen des Kreises wurden ersucht, sich daran zu beteiligen. Ebenso ersuchen wir die Ortsgruppen Gogolin und Krappitz, daran teilzunehmen.

Kreuzburg

Ein würdeloses Pferd

A. R. Mit dem nationalistischen Rummel der Schützen waren nicht mal die Pferde einverstanden. Am Montag protestierte so ein Gaul gegen die verschiedenen bunten Feiern und Girlanden, die in der Stadt herumhängen. Auf der Pralauer Straße gab der würdelose Gaul seinem Unwillen Ausdruck und sprang in eine Schaufensterscheibe rein. Die Scheibe ging in Scherben, das Pferd blieb unberührt.

Freier Turn- und Sportverein „Vorwärts“

Am vergangenen Sonntag trug der Freie Turn- und Sportverein „Vorwärts“ Kreuzburg sein erstes Ver-

bandspiel aus. Als Gegner hatte er im Stadion die 1. Elf des V. f. B. Ratibor. Kreuzburg ging bis Halbzeit mit 2:0 Toren in Führung. Nach Halbzeit konnte Kreuzburg noch drei weitere Tore erzielen. Schiedsrichter Genosse Cichos, Gleiwitz, gab als Resultat 5:0 für Vorwärts-Kreuzburg bekannt. Der Schiedsrichter war dem Spiel ein gerechter und befähigter Leiter.

Es wäre zu wünschen, daß die Arbeiterchaft die Veranstaltungen des Arbeitersports noch mehr unterstützt.

Groß-Strehlitz

Vom Schlachthofrummel

A. K. Mit einer Einwohnerzahl von knapp 8000 Menschen, einschließlich der Bewohner hinter den Gitterseilern, hat sich die Stadt ein großartiges Schlachthaus geleistet. Dieses Gebäude war bestimmt nicht nötig gewesen. Hätte man dafür lieber Arbeiterwohnungen gebaut. Für die etwa 450 000 Mark, die das Schlachthaus kostet, wäre der Wohnungsnot bestimmt etwas abgeholfen.

Bei dem Einweihungsrummel ging es ja hoch her. Die Landesschützen erließen Einladungsarten mit dem Hinweis, daß jeder Umzugsteilnehmer zwei Schoppen Bier, einen Schnaps und eine Portion Wurst erhält. Und erst das Festessen, an dem nur die Obermächer teilnehmen, das war besonders lukullisch. Wer wird das bezahlen? Natürlich nur die breite Masse. Dafür aber hat die Stadt kein Geld: für Erwerbslose und die anderen Hilfsbedürftigen. Arbeiter, macht Schluß mit diesen Schlemmereien auf eure Kosten! Kämpft mit der KPD. gegen die heutigen Zustände.

Proleten, so geht's euch!

A. R. Der reaktionäre Magistrat, der tausende Mark für den Schlachthofrummel vergeudet, hat wie üblich nichts für die Proleten übrig. Einem Arbeitslosen, der in den letzten zwei Jahren keine 28 Wochen Arbeit hatte, gab die Krankenkasse bei der Entbindung seiner Frau auf Grund der Statuten keine Unterstützung dazu. Der Mann wandte sich darum ans Wohlfahrtsamt. Jetzt, nach zehn Wochen, wurden ihm 10.— Mark, in Worten: zehn Mark Entbindungshilfe gewährt. Damit soll eine Familie mit einem Säugling leben. Dem Arbeiter wurde jetzt noch eine Arbeit zugewiesen (Waldarbeit), wo er in der Woche 9 Mark verdient. Es wird höchste Zeit sein, daß hier das Wohlfahrtsamt einmal wirklich hilft.

Oppeln

Kindesmörd?

Das Schoungericht verhandelte am Dienstag unter Ausschluß der Öffentlichkeit gegen die Arbeiterin G. Szesny aus Brunnitz. Die Anklage legte der S. Kindesmörd zur Last. Der Termin wurde aber nach kurzer Dauer verlagert. Die nächste Verhandlung findet am Dienstag, dem 9. Juli, statt. Zu dieser Verhandlung werden noch zwei Sachverständige geladen.

Der heiratslustige Stahlhelmpfarrer war da

Bei dem nationalistischen Rummel am Sonntag haben sich die Stahlhelmschlachtmänner den Pfarrer Hoinka als Redner verschrieben. Der Stahlhelmpfarrer kam sicher sehr gern hierher. Bekanntlich wurde Hoinka vor einigen Monaten aus Oberschlesien nach Berlin verfrachtet, weil er im Zentralfotel seinerzeit einmal Heiratsabsichten geäußert hat. Vielleicht hat der heiratslustige Stahlhelmpfarrer bei dieser Gelegenheit auch einen Wöstcher zu seiner Geliebten gemacht.

Die städtische Müllabfuhr

Bekanntlich erfolgt die Müllabfuhr in Oppeln noch nach vorfinstlicher Art. In jedem Hause ist eine sogenannte Müllgrube vorhanden, in die nun jeder Einwohner seine Abfälle schütet. Der Unrat bleibt darin so lange liegen, bis die Grube voll ist und dann die Abfuhr, manchmal erst nach vielen Wochen und auch nicht in einwandfreier Form, erfolgt. Der Zustand ist, an den sonstigen heutigen modernen Verhältnissen gemessen, unhaltbar und eine Verringerung halb notwendig. Daß diese Müllgruben ein Herd für die Motten und sonstige Ungezieferzucht sind, ist selbstverständlich. Hier müßte u. E. die Polizei eingreifen und in absehbarer Zeit eine Verringerung fordern. Nun hören wir, daß sich tatsächlich wieder Leute mit dieser Frage beschäftigen, die daraus eine gute Verdienstmöglichkeit erhoffen. Entsprechende Anträge sind gleichfalls an den Magistrat gerichtet worden. Wie weit die Verhandlungen geblieben sind, ist uns noch unbekannt. Wir wollen aber hier nicht veräugnen, daß wir es für verfehlt halten, wenn Privatleute sich um diese Neuordnung auf dem Gebiete der Müllabfuhr bewerben. Das ist eine Sache, die wir als eine Angelegenheit der Stadtverwaltung betrachten und auch nur dann, wenn die Stadt diese Angelegenheit in die Hand nimmt, eine Gewähr für ordnungsmäßige und einwandfreie Müllabfuhr gegeben ist. Fehler auf diesem Gebiete sind auf Jahre hinaus nicht wieder gut zu machen.

Viehmarkt. Der nächste Viehmarkt in Oppeln findet am Dienstag, dem 16. Juli, statt.

„Schlid, die Republik der Strolche“

h. n. Dieses im Verlag der Jugendinternationale erschienene Buch ist kein Roman, sondern hier wird ein Stück der Entwicklung der Sowjetunion aufgezeigt. Radie Wirklichkeit spricht aus jeder Zeile, und das macht dieses Buch ungeheuer spannend. Man kann es kaum aus der Hand legen, immer von neuem muß man danach greifen, um zu sehen, wie die Entwicklung dieser armen jungen Strolche geht, um die Methode zu erkennen, mit der Witnikor an die von den Schlidern ständlich neu gestellten Probleme herangeht.

Tausende Einfälle werden täglich von letzteren produziert, oft scheint es, daß mit dem einen oder anderen der Jüglinge alles verloren sei. Doch der Leiter der Schlid ist anderer Meinung, er versteht es, von allen Seiten auf die Jungen einzuwirken, er weiß, daß die veränderten Verhältnisse, in die die jungen Strolche gebracht wurden, andere Menschen aus ihnen machen werden, und er behält auch Recht. Die Jungen sind unter ganz bestimmten Verhältnissen Strolche geworden, so wie es in der kapitalistischen Welt täglich Tausende werden. Während des Bürgerkrieges wurde ihre Zahl vermehrt, aber man konnte jetzt auch mit aller Kraft das Weisel an der Wurzel anfassen, wie dies in „Schlid“ treffend zum Ausdruck kommt.

Bringt uns in menschenwürdige Verhältnisse, und wir werden brauchbare Glieder der Gesellschaft, das ist der Schrei der armen jungen Strolche gegen die bürgerlichen Erziehungsmethoden und gegen die kapitalistische Gesellschaft überhaupt.

Wer also ein originelles, spannendes und dazu sehr lehrreiches Buch lesen will, der veräugne nicht, „Schlid, die Republik der Strolche“ zu lesen. In Oberschlesien zu beziehen durch die proletarisch-literarische Vertriebsstelle, Hindenburg, Schwebelack 12.

Niederschlesien

Görlitz

Die gefährliche Faust

Ein Arbeiter, der mit seiner Frau auf dem Heimwege von der Antifaschistenlandgebung war, fand auf dem Bürgersteig eine Tasche, die er auf der Polizeiwache Tresorer Platz als Fundsache abliefern wollte. Einer der anwesenden Beamten nahm die Angelegenheit zu Protokoll und damit wäre die Sache erledigt gewesen. Aber so dachte nicht unsere Polizei. Ein Beamter in Zivil hatte plötzlich eine Faust an der Kleidung der Arbeiterfrau entdeckt. Der Beamte forderte die Frau auf, das Abzeichen abzulegen, da das Tragen des Abzeichens des Roten Frontkämpferbundes verboten sei. Die Frau weigerte sich, der Aufforderung nachzukommen. Der Beamte mußte diese für ihn wichtige Amtshandlung selbst vornehmen. Die Arbeiterfrau machte den Beamten aufmerksam, daß dieses das Abzeichen des Roten Frauen- und Mädchenbundes sei, und das Tragen des Abzeichens nicht einmal verboten sei. Der Beamte mußte daraufhin seine eben erbeutete Trophäe zurückgeben. Um nicht gar zu blamiert zu erscheinen, machte er sich zynische Redensarten an. Es ist unbedingt notwendig, daß Herr Witzel, als Leiter der politischen Polizei, seine Beauftragten besser instruiert. Wir sind auch dieses Mal gern bereit, Herrn Witzel bei Aufklärung der unteren Beamten gern mit Rat und Tat zu „unterstützen“.

Nieskyer Allerlei

Gestern abend haben die Gladiatoren der bürgerlichen Einheitsliste im Gasthof Schammer ihren Einzug gehalten. An den würdigen Mienen wird man die ersten Spiekbürger von Niesky erkannt haben. Nach den Programmpunkten der bürgerlichen Einheitsliste wollen sie wirklich „nur“ wirtschaftlich und „unpolitisch“ arbeiten. Werden die Spiekbürger von Niesky, die ein „friedliches Zusammenarbeiten unter sachlicher Führung“ der versahrenen Gemeindepolitik weiter betreiben wollen, wieder dafür eintreten, daß man von neuem 60 000 Mark und noch verschiedene andere Gelder, wie Krankenkassengelder und Erwerbslosengelder, der Firma Christoph u. Unmad stundet oder schenkt. Größere Einweihungsgelände auf Kosten der Gemeindefasse werden in Zukunft wegschicken, weil sie schon zuviel des Guten im voraus genossen haben.

Die Kinderreichen und erwerbslosen Kriegsverletzten, die Barackeneinwohner, werden staunen, was die Bürgerlichen für die Förderung des Wohlfahrtswesens übrig haben. Früher mußten die Schwerverletzten sogar noch für die Gemeinde arbeiten, den armen Kindern gab man Kaputte und viel zu große Schuhe, man

sparte überall, damit die 30 000 Mark Entschädigung für den Amtsverfehr Peter schon zurückgelegt werden könnten.

Der verwaltete und verlassene Steinhausen des Baumeisters Kündlich wird ein bleibendes Denkmal sein, wie „gut“ die Bürgerlichen gewirtschaftet haben. Selbst die kleinen Geschäftskente wie Kellner usw. werden der kommenden Gemeindevertretung „dankebar“ sein, wenn diese bürgerliche Interessenvertretung „dankebar“ sein, wenn diese bürgerliche Interessenvertretung mit der neuen Kehrmaschine von Niesky, übrigens vorfunktliches System, aus dem Gemeindeparlament hinausgesetzt wird.

Jeder Arbeiter, Angestellte, der die bürgerliche Einheitsliste gewählt hat, hat sich veründigt an seiner Klasse. Er hat sich selbst geschädigt, er war nur das Stimmvieh im Interesse des Kapitals.

Grünberg

Stadtverordnetenversammlung

Ein bezeichnendes Beispiel von „Menschenliebe“ lieferte in der letzten Stadtverordnetenversammlung die bürgerliche Mehrheit. Als einziger Punkt stand auf der Tagesordnung der Antrag der Kommunisten auf Unterstützung der ausgesperrten Textilarbeiter! Die Sozialfaschisten machten einen Bluff! Um ein nicht vorhandenes Interesse an den Textilarbeitern vorzutäuschen, brachten sie folgenden Dringlichkeitsantrag ein: „Für Verheiratete 9 Mark, für Unverheiratete 6 Mark laufend wöchentlich.“ Der Antrag wurde nur gestellt, um den kommunistischen Antrag abzuwürgen. Dieser umfaßte eine Versorgung der Aussperrten mit Geld und Lebensmitteln! Interessant war die Debatte zu diesem Punkt. Der Syndikus der Unternehmer, Regierungsrat Hilbrandt, wollte in der „Textilarbeiterzeitung“ gelesen haben, daß der Lohn der Textilproleten in Grünberg immer noch am höchsten sei. Genosse Laube von der kommunistischen Fraktion erklärte, daß damit nur das Gehalt der Linderer, Apelt und Konforten gemeint sein könne. Genosse Laube stellte noch den Antrag, die sofortige Rückzahlung der vom Wohlfahrtsamt ausgezahlten Unterstützungsgelder niederzuschlagen! Ein Teil der Sozialdemokraten stimmte dagegen. Auch die „Spieker“ waren nicht dafür zu haben. Kein Wunder, auf ihren Stuhllehnen steht ja geschrieben: „Mit freiem Blick für Bürgerglück!“ (das heißt Unternehmer). Hoffentlich fährt bei den Kommunalwahlen der „rote Schreden“ in die Quasellbude!

Das Grünberger Heimatfest

Mit der Not des Proletariats steigt der nationale Rummel! Überall wird in den Stadtkirchen herumgeschmiffelt und plötzlich die Entdeckung gemacht, daß vor soundsoviel hundert Jahren dies und jenes geschehen ist. Und nun geht's los! Mit Pauken und Trompeten,

mit Fahnen (wobei die Schwarzweißroten nicht fehlen dürfen) und bunten Lappen. In allen möglichen und unmöglichen Kostümen früherer Zeiten wird aufmarschiert. Wer diesen Klümmen ansetzen oder gar mitmachen will, bezahlt eine Mark. Dazu kann er sich auch die durch Radio weitergesandte Rede des zweiten Bürgermeisters anhören, welche die Aufforderung enthält, Grünberger Wein zu kaufen, dann vergißt er Kummer und Sorgen! Vom Wein haben die Proleten nicht viel gekostet. Dafür hat der Himmel ein Einsehen gehabt und das nötige Maß herniedergeschickt. Aber die Not der ausgesperrten Textilarbeiter hat er nicht weggespielt.

Auf dem Wohlfahrtsamt!

Kein Film, keine Theaterbühne kann Aufführungen geben, wie sie das Grünberger Wohlfahrtsamt tagtäglich gibt. Die traurigsten Rollen haben allerdings diejenigen Beamten, welche helfen sollen und ihrer Meinung nach „nicht können“. Tritt der Prolet energisch auf, dann hat er seine Rolle schnell ausgespielt, denn das Wohlfahrtsamt ist ein Raum, in dem der „Zimmermann ein Loch gelassen“ hat. Und schließlich sitzen eine Treppe tiefer die Blauen! Kommt man aber höflich und schüchtern, dann genügt auch ein Aufschreier oder Aufschreier. Ja, an der Tür steht der Name „Wohlfahrtsamt“! Fehlt aber zur Ergänzung: „Wer seine Hoffnung begraben will, trete ein!“

Liegnitz

Windhose über Liegnitz

Am Donnerstagabend, in der 19. Stunde, jagen über Liegnitz nach einem außergewöhnlich heißen Nachmittag von allen Seiten Gewitter herauf. Um 18,30 Uhr legte eine Windhose über die Stadt, die, da fast gleichzeitig überall das Licht erlosch, in ägyptische Finsternis gehüllt war. Der Sturmwind richtete in den Anlagen geradezu katastrophale Schäden an. Besonders schwer wurde die Gegend um den Bahnhof heimgesucht. Hier wurden häuhohe Bäume meterlanger Äste beraubt. Ganze Wipfel wurden abgetrennt. Sämtliche Anlagen und Sträucher waren mit herabgefallenen Ästen überhäuft, so daß teilweise jedes Passieren unmöglich war. An der Straßenkreuzung Platten-Lübener Straße wurde ein häuhoher riesiger Baum aus dem Boden gedreht, so daß im Erdbreich ein Trichter entstand. Der Baumstumpf durchdrang im Fallen zahlreiche elektrische Leitungen, so daß eine riesige Feuergarbe entstand. Ein in seiner Nähe stehender eiserner Leistungsmast wurde wie ein Streichholz geknickt. Zahlreiche andere Bäume wurden glatt gespalten. Im Palmengarten wurden Palmen umgerissen. In der Nähe des Hauptpostamts schien das Zentrum der Windhose zu liegen: hier wurden Straßenpassanten buchstäblich in die Höhe gerissen und Radfahrer umgeworfen. Verschiedene Personen wurden verletzt. Der Schaden ist allenthalben groß. Feuerwehr und Elektrizitätswerk mußten alle Kräfte aufbieten, um Unfälle durch abgerissene und gelockerte Leitungen zu verhüten.

Unser

Saison-

Ausverkauf

geht weiter!

Riesengroß

sind die Vorteile,
die wir Ihnen bieten.

Wollen Sie **d a r a n** nicht auch **teilnehmen**?

Also kommen Sie bald zu uns

nach der Schmiedebrücke.

billige Speisen und Getränke.

Im Erfrischungsraum: Künstlerkonzert

Alois Henschel & Co.

Breslau, Brunnenstr. 34 u. Tauentzienplatz 6

Milchgroßhandlung u. Molkereiprodukte

Filiale: Siedlung Pöpelwitz, Klodnitzstraße
Telephon 589 64

Pfänder-Auktion

Donnerstag
11. Juli 1929
Pflaudeihhaus
Grundmann
Trebntitzer Str. 21

Fleisch- und Wurstwaren

Otto Radtke

Schweidnitz / Frühstückstube

Zurückgekehrt

Dr. Neufleiß

Räder 37.50
Räder a. Teilzahlg.
Rahmen gelöt 15.—
Halbrenner . . . 25.—
Felgen gelb . . . 0.95
Schlauchreifen la 6.75
Lenker engl. . . 1.95
Schläuche . . . 1.10
Torpedo, orig. . . 11.45
Griffe 0.25
Schutzbleche 0.60
Ol 0.15
Kalter, Zimmerstr. 1

Sie verdienen Sie täglich

10 Mark mit Schnürsenkel
Nur persönl. kommen

Reste

in Serge, Ritze, Leinwand, Aermelfutter, Rohhaar, Garn, Knöpfe, Kerseje, Erdal, alles sehr billig prima Ware

Detail und Engros

Berth. Lippert

Breslau
Feinrichstraße 18
Filiale: Oberstr. 17
Welfbergergasse 43

Fahrräder

Dixi, Göricke, Viktoria
bequeme Teilzahlg. Reparaturwerkstatt

G. Schneider, Matthiasstr. 205

Max Petersilie

Zigarren-Spezialgeschäft
Breslau, Reuschesstrasse Nr. 37/38
Frankfurter-Strasse Nr. 164

Sie decken Ihren Bedarf in:
Kurz-, Waid- u. Wollwaren
vorteilhaft im Sortimentslager

Karl Brendel

Gottesberg, Markt 12

E. Feistauer, Striegau

Jauerstraße 1
empfiehlt reichhaltige Auswahl in Haus- u. Küchengeräten zu billigsten Preisen

Täglich frische

Fleisch- und Wurstwaren

empfehl

Fleischerei E. Naschinski

Striegau :: Gräbenstraße Nr. 8

Diamant-, Göricke-, Triumpfh-, Presto-

Fahrräder

R. Kühn

Herdainstraße 28
Ecke Arletinsstr.
Reparaturwerkstatt
Günstige Teilzahlung

Saison-Ausverkauf!

Sonderangebot: Einen Posten schw. Boxkalf-Herren-Halbschuhe Godyear-Welt mit Crèpesohle nur 12.75

Schuhhaus
P. Adelt, Gottesberg

Saison-Ausverkauf!

Sonderangebot: Einen Posten schw. Boxkalf-Herren-Halbschuhe Godyear-Welt mit Crèpesohle nur 12.75

Schuhhaus
P. Adelt, Gottesberg

Inserate

haben in unserer Zeitung

Guten Erfolg

Schuh-waren kaufen Sie gut und preiswert bei

J. Koschany

Liegnitz
Haynauer Straße 8

Gewerkschaftsfest Kaufcha

am Sonntag, dem 7. Juli 1929 auf dem Gewerkschaftsplatz

Program

Antreten zum Festzug um 13¹/₂ Uhr an der Siedlung, Richtung Feldmann.

Abmarsch 14 Uhr durch die Siedlung, Saganer, Bebel- und Bahnhofstraße nach dem Festplatz.

Dortselbst: Festrede, Konzert, sportliche Vorführungen u. Kinderspiele, Volksbelustigungen aller Art Kinderbewirtung v. 15-18 Uhr

Festbeitrag 30 Pfennige = Erwerbslose 20 Pfennige

Von 6 Uhr an: Tanz auf dem Pariser
Ab 8 Uhr: Tanz im Reichshof

Eine Massenbeteiligung der gesamten Gewerkschaftsmitglieder sowie der Einwohnerschaft von Kaufcha und Umgegend erwartet

Der Ortsauszug des AOB.
Der Festauszug.

Arbeiter- und Kraftfahrer-Bund „Solidarität“, Striegau

Gau 8 Bezirk 4

veranstaltet am Sonntag, dem 7. Juli 1929 in Puffinek bei Winkler sein diesjähriges

Bezirks-Sportfest

bestehend in Umzug, Gartenkonzert mit Volksbelustigungen, sportlichen Darbietungen im Saal, u. a. die Kunstfahrergruppe Geschwister Butter-Breslau; ab 7 Uhr: Gr. Radfahrerball Freunde u. Gönner lad. hierzu freundlichst ein

Der Bezirksvorstand